

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Zermalmende Lasten.

Während die Masse des Volkes auf nichts sinnt, als in friedlicher Kulturarbeit und ruhiger sozialer Entwicklung ihr Los zu verbessern, während immer breitere Schichten aller Nationen von dem Gedanken durchdrungen werden, daß der Krieg eine maßlose Verrücktheit ist, die endgültig der Vergangenheit angehören sollte, sind kleine Schichten des Volkes, gewisse Handelskreise, die Interessenten der Kriegsindustrie und Berufsmilitaristen eifriger denn je am Werke, die nationale Zerklüftung immer mehr zu vertiefen und die militärischen Lasten der Völker, die schon jetzt wahre Unsummen verschlingen, immer wahnsinniger in die Höhe zu treiben. Dabei glaubt kein Mensch mehr an die alte Heuchlerphrase unserer Rüstungstreiber, daß alle Kriegsrüstungen ja nur dem Zwecke dienen, den Frieden zu erhalten. Die weltpolitischen Handier der letzten Jahre haben ja bewiesen, daß die Kriegsrüstungen nichts als ein Mittel sind, um die internationalen Reibungen zu vermehren und Konflikte heraufzubeschwören. Nicht nur insofern, als ja das Weltkriege, weil es in allen Ländern als unerträgliche Bürde empfunden wird, den Chauvinismus naturgemäß verschärfen muß, sondern auch dadurch, daß unsere Rüstungsanstalten immer zynischer mit ihrer wahren Meinung hervorgetreten sind und gerade auch in Deutschland unzählige Male mit brutaler Offenherzigkeit erklärt haben: Wozu haben wir die ungehobenen Milliarden im Wettrüsten angelegt, wozu haben wir die größte Armee des Kontinents und eine erstklassige Flotte, wenn wir nicht auch die Ketten haben, im ersten besten Augenblick einmal dreinzuschlagen! Die politisch geschulte Masse weiß ganz genau, daß jedes neue Bataillon, jedes neue Kriegsschiff nicht eine neue Friedensbürgschaft darstellt, wie man Gutgläubigen so lange vortäuschen wollte, sondern nur einen neuen Keil, der zwischen die Nationen getrieben wird, um sie vollends voneinander zu trennen, bis endlich der Bau unserer Kultur auseinanderbricht und ein Völkerkrieg nichts als einen wüsten Trümmerhaufen zurückläßt.

Niemals aber sind die Kriegsrüstungen in solcher Schnelligkeit aufeinander gefolgt, niemals hat das Wettrüsten solch rasendes Tempo angenommen wie gegenwärtig. Und Deutschland ist den übrigen Nationen mit den schlechtesten Beispielen vorangegangen. Erst das Jahr 1911 beglückte das Volk mit jener Militärvorlage, die für die sechs Jahre 1912 bis 1917 141 Millionen Mark neuer Ausgaben erforderte. Das war aber für unseren Militarismus erst eine kleine Kostprobe, die seinen Appetit erst recht reizte. Dann im Jahre 1912 wurde dem Volke jene neue Kostenrechnung für den Land- und Wasser-Militarismus präsentiert, die sich auf nicht weniger als 600 Millionen Mark belief. Die militärischen Lasten erfuhren also durch diese beiden einander jagenden Militärvorlagen für die nächsten sechs Jahre eine Steigerung von insgesamt 791 Millionen Mark oder für jedes Jahr eine Vermehrung um 132 Millionen Mark! Und jetzt im Jahre 1913 ist uns bereits wieder eine neue Heeres- und Luftflottenverlei angefündigt worden, die jährlich eine neue Steigerung unserer Militärlasten um 100 Millionen Mark verlangen soll. Der Militäretat würde damit für die nächsten Jahre gegenüber dem Jahre 1911 um rund eine Viertelmilliarde erhöht worden sein!

Wie enorm aber schon jetzt die Militärausgaben sind, das haben wir erst vor wenigen Wochen auf Grund des neuen Reichsetats für das Jahr 1913 nachgewiesen. Wir stellten damals durch genaue Berechnungen, deren Richtigkeit bis heute auch nicht in einem Punkte angezweifelt zu werden vermochte, fest, daß sich die gesamten Ausgaben des Reiches für Heer, Marine, Luftflotte, Militärpensionen und militärische Schuldenlasten auf mehr als 2000 Millionen Mark belaufen — wohl gemerkt, auf 2000 Millionen in einem einzigen Jahre! Wir haben damals nachgewiesen, daß diese Militärausgaben höher sind, als alle wirklichen Reicheinnahmen zusammengenommen, so daß die lumpigen paar Tausend Millionen, die das Reich auch noch für andere als militärische Zwecke verausgabt, nur dadurch gedeckt werden können, daß man einmal die zur angeblichen Schuldendeckung dienende Summe ihrem vorgeblichen Zwecke entzieht, und zweitens die Mehreinnahmen früherer Jahre zur Bilanzierung des neuen Etats benützt. Trotz dieses unmöglichen Zustandes unserer Reichsfinanzen hat die Regierung aber die Stirn, eine neue Militärvorlage anzukündigen, die unsere ohnehin so unfinnig hohen Militärlasten abermals um 100 Millionen Mark pro Jahr steigern wird!

Wie betonten bereits, daß die große Masse des Volkes friedliebend ist. Sie will von weltpolitischen Utopien nichts wissen, sie will weder Marokkos noch Adrianopels noch der Bagdadbahnaktionäre wegen auch nur die Knochen eines Grenadiers zusehen geschossen haben! Sie will den Kampf um die Hebung der Volkswohlfahrt und der Volksgerechtigkeit fortführen, ohne daß ihr von profitlüsternen Kapitalisten und avancementslüsternen Militärs Knäppl zwischen die Beine geworfen werden. Sie feuert schon heute derartig unter der Steueransplünderung zugunsten des Militarismus, daß sie auch nicht einen Pfennig neuer Rüstungsausgaben bewilligt haben will.

Die Regierung weiß das. Aber die Regierung führt sich nicht als Mandatar des Volkes, als Sachwalter der Volksinteressen, sondern als das Instrument der herrschenden Klasse. Und da nicht einmal diese herrschende Klasse in ihrer

Mehrheit (obwohl sie doch überhaupt nur eine kleine Minderheit der Nation bildet), sondern nur kleine Schichten dieser besitzenden Klasse sich für das tolle Wettrüsten ins Zeug gelegt haben, wäre es unbegreiflich, wie die Regierung dem Drängen dieser an Zahl so minimalen Elemente nachgeben könnte, wenn man nicht wüßte, welche unheimlichen und gemeingefährlichen Einfluß gerade diese Schichten, die Vertreter des anlagehungrigen Vorkapitals, unsere unerlässlichen Panzerplattenpatrioten und unsere abenteuerlustigen Soldateska, auszuüben vermöchten. Aber dank ihres persönlichen und diplomatischen Einflusses, dank ihrer Konnexionen in den einflussreichsten Regierungskreisen, dank ihrer draufgängerischen Rührigkeit verstehen sie die Presse und die Öffentlichkeit mit solchem Rärm zu erfüllen, daß selbst bedächtigeren Elemente in der Regierung sich durch ihre unverfrorenen Manöver täuschen lassen.

Sinzu kommt freilich, und das ist das Ungeheuerlichste, daß nicht nur die Regierung unter der Suggestion dieser Kreise steht, sondern auch die bürgerlichen Parteien. Da diese bürgerlichen Parteien ja keine ausgebreitete Organisation und vor allen Dingen keine demokratischen Vertretungssysteme besitzen, gelingt es stets den scharfmacherischen Draufgängern, den Einfluß an sich zu reißen. So kam die Regierung mit Recht annehmen, daß selbst ihre neuesten Rüstungspläne bei der Mehrheit aller bürgerlichen Parteien Unterstützung finden werden. Die Konservativen fühlen sich von Hause aus identisch mit dem Offizierskorps, das in seiner Mehrheit ja ihren Kreisen entstammt. Die Nationalliberalen sind nichts als die Vertreter jener industriellen Kreise, die für den Kanonen- und Panzerplatten-Patriotismus schwärmen. Das Zentrum aber hat sich der imperialistischen Politik mit Haut und Haaren verschrieben, um der Freundschaft der Regierung und der Konservativen nicht verlustig zu gehen. Es weiß, daß sein Einfluß mit dem Augenblick gebrochen wäre, wo der Wille des Volkes wirklich oberes Gezeig würde. Obwohl seine agrarischen wie seine Verfassungsbestrebungen würden in einem Zeitalter der Kultur rettungslos der Vernichtung anheimfallen. Deshalb ist das Zentrum, diese christliche Partei, zur festen Säule der Vorkapitalverehrung, der Rüstungs- und Kriegspolitik geworden. Wohl stimmte es 1874, 1880 und 1887 gegen die Militärvorlagen, wohl enthielt es sich noch 1888 der Abstimmung, aber von 1890 ab gehört es bei jeder Rüstungsvorlage zu den Ja-Sagern. Ein einziges Mal noch, bei den Kolonialforderungen 1906, riskierte es ein Nein; aber die Wahrnehmung, daß der Liberalismus jederzeit gewillt ist, auch in militärischen Fragen in die Bresche zu springen und eine Mehrheit bilden zu helfen, trieb ihm den letzten Funken Oppositionsgeist aus. Das Zentrum geht jetzt mit Rüstungsanstalten und weltpolitischen Abenteurern durch die dick und dünn. Ihm, der christlichen Partei, ist der Krieg ebenso zu einem unvermeidlichen Bestandteil der „göttlichen“ Weltordnung geworden, wie den anderen bürgerlichen Elementen, denen der Völkermord als das trefflichste Mittel der Bereicherung und der Befestigung ihrer Klassenausbeutungsherrschaft ist!

Und der Freisinn? Auch der war einmal oppositionell. Aber seit geraumem stimmt auch er für jede Heeres- und Marinevorlage. Zwar hat der Freisinn noch am 30. März 1911 eine Resolution eingebracht, die vom Reichstagsvater verlangte, daß er seine Bereitwilligkeit zur Verhandlung er-

klären solle, sobald von einer anderen Großmacht Vorschläge für eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht würden — das war aber eine diplomatische Rückendeckung, die ihn nicht abhalten wird, auch der neuesten Heeresvorlage seinen Segen zu erteilen!

Es gähnt eben die ganze Luft einer Weltanschauung zwischen den kapitalistischen Parteien und der vom Proletariat vertretenen sozialistischen Weltanschauung. Und je mehr das Proletariat an Kraft gewinnt, eine je größere Gefahr es für die Ausbeutungsordnung unserer kapitalistischen Gesellschaft bildet, desto eifriger werden sich alle bürgerlichen Parteien in dem Bestreben sein, dem Moloch Militarismus immer unermesslichere Opfer zu bringen und mit vollen Segeln in weltpolitische Konflikte hineinzusteuern. Solche Konflikte können zwar bei schlimmem Ausgang auch der kapitalistischen Gesellschaft schwere Wunden schlagen; aber die Furcht vor der Ausbreitung der sozialen Demokratie und vor der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus ist doch noch weitaus größer, als das Grauen vor dem unbekannten Schicksal, das ein Weltkrieg heraufbeschwören könnte.

Sinzig das Klassenbewußte Proletariat steht dem katastrophalen Wettrüsten mit unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Es bildet die einzige Friedensgarantie. Nur sein Arm vermag den dem Abgrund zurollenden Wagen aufzuhalten. Kleinmütigen Geistern und zagen Phantasten mag das als verzweifelte Situation erscheinen. Dem kampfgestählten und kampffreudigen Proletariat selbst aber wird diese unerbittliche Tatsache kein Schrecknis sein. Denn in demselben Maße, wie sich der reaktionäre Verschweigungsprozess aller bürgerlichen Parteien vollzieht, vollzieht sich auch die Organisierung und der geistige Läuterungsprozess des Proletariats. Wohl sind die Militärausgaben seit dem Jahre 1872 von rund 300 Millionen Mark auf 2000 Millionen Mark jährlich im Jahre 1913 gestiegen. Wohl hat sich in demselben Maße auch die Last der Steueransplünderung der Volksmassen vermehrt. Aber in noch stärkerem Maße hat das auch die Sammlung der proletarischen Klassenkampfarmee beschleunigt. Die Klein war das Häuflein der sozialistischen Streiter, das sich in den hiesigen Jahren zusammengefunden hatte, und wie gewaltig stehen heute bereits die sozialistischen Organisationen da! Mustert die deutsche Sozialdemokratie zurzeit doch weit mehr als eine Million politisch organisierter Parteiongehöriger, zählen doch die freien Gewerkschaften bereits mehr als 2,6 Millionen Mitglieder. Und wenn wir die sozialistische und gewerkschaftliche Presse zusammenrechnen, so wird das proletarische Evangelium bereits mehr als vier Millionen Abonnenten verkündet!

Für uns natürlich sind das erst bescheidene Anfänge. Das Proletariat sieht erst am Anfang seiner Kämpfe! Zu den vorhandenen Millionen sozialistischer Klassenkämpfer müssen neue Millionen geschart werden! Und jeder einzelne dieser Kämpfer hat sich mit Kampfesmut und Opferfreudigkeit zu wappnen, um in den kommenden schweren Zeiten seinen Mann zu stehen für die Ideale des Proletariats, für das Kulturrevangelium des Sozialismus!

Die imperialistische Völkermord, die proletarischer Befreiungskampf wird die Lösung der Zukunft sein!

In Erwartung der türkischen Note.

Die Antwort der neuen türkischen Macht haben wir für Mittwoch erwartet. Die Verzögerung erklärt sich aus dem Bedürfnis des neuen Regimes, Zeit zu gewinnen, um sich einigermaßen einzurichten; als äußerlicher Grund für die Verzögerung wird der Umstand angeführt, daß das Ministerium des Reichens noch nicht definitiv besetzt sei — ein charakteristischer Umstand, der zeigt, welche Schwierigkeiten die neue Regierung zu überwinden hat. In der internationalen Presse werden auch starke Zweifel an der Stabilität der neuen Regierung laut — auch der Dreibundgenosse Italien stellt sich der Herrschaft der Jungtürken sehr feindselig gegenüber — und unsere Meinung, daß die Offiziersrevolte im Volke selbst wenig Widerhall findet, wird heute auch in einer Konstantinopeler Korrespondenz der „Voss. Zeitung“ bestätigt, in der es heißt:

„Um die letzten Vorgänge zu beurteilen, muß man wissen, daß die siegreiche Revolution nur sehr geringen Anklang bei der Bevölkerung findet. Die Leute sind des ausfichtslosen Kriegszustandes müde und haben sich durch das Bohm der Nationalversammlung wie von einem Aludruck befreit gefühlt. Nur ein kleines Häuflein exaltierter Personen hält sich dadurch in seinem patriotischen Empfinden verletzt und will den Kampf unter allen Umständen fortführen, trotz der erschreckenden Leere der Staatskasse, trotz der ungenügenden Verproviantierung der Truppen und der für kriegerische Operationen nicht eben günstigen Witterungsverhältnisse. Man darf ruhig behaupten, daß Ender Bey in diesem Falle ganz und gar nicht das Gewissen der Nation vertritt und daß die Bewunderung, die

er vorübergehend erregte, viel mehr seiner Verwegenheit als der Sache galt, für die er diese einsetzte.“

Aber gerade der rein militärische Charakter der neuen Regierung ist es, der die Friedensaussicht so schlecht gestaltet. Die Jungtürken bestehen darauf, Adrianopel und die Ägäischen Inseln, die größtenteils in der Gewalt Griechenlands und Italiens sind, zu behaupten, und in diesem Sinne wird auch ihre Antwort an die Mächte gehalten sein.

Was dann, erfolgen wird, ist noch ganz im Ungewissen. Die Balkanstaaten sollen beschloffen haben, die Verhandlungen abubrechen, falls die türkische Antwort die Abtretung Adrianopels verweigere. Aber das ist zunächst eine der vielen Drohungen, deren Konsequenz die Wiederaufnahme des Krieges, erst gezogen würde, falls die Vermittlungsaktion der Mächte endgültig scheiterte. Aber hier machen sich trotz aller Bemühungen die Gegensätze zwischen Dreibund und Dreiverband wieder stärker geltend. Dazu kommt, daß die rumänische Regierung mit ausgesuchter Gewissenlosigkeit gerade die jetzige Situation dazu ausnützt, um ihren Expansionsversuch an Bulgarien dringender zu betreiben. Und darauf hoffen ja die Jungtürken, daß es ihnen gelingen wird, in Ausnutzung dieser Gegensätze das schon verlorene Spiel nochmals gewinnen zu können. Aber es ist ein Spiel mit dem europäischen Frieden, das da gespielt werden soll; denn ist erst der Balkankrieg von neuem eröffnet, dann sind die Aussichten, ihn zu lokalisieren, schlechter als je. Deshalb lastet auf den Regierungen der Großmächte die schwerste Verantwortung und insbesondere die deutsche Regierung hat die Pflicht, unbekümmert um die Hegeorien

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialsache oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pfg. (täglich 2-zeigendruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

eines Teils der bürgerlichen Presse, ruhig und besonnen mitzuwirken, um den Frieden zu retten.

Die Haltung der Mächte.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Soweit die neuen Ereignisse in Konstantinopel von der europäischen Presse mit Ernst und Einsicht gewürdigt werden, tritt überall der Gedanke hervor, das Wichtigste für die weitere Behandlung der Orientwirren sei die Bewahrung der Einigkeit unter den Großmächten und die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Wiederherstellung des Friedens. Dazu gehört vor allem das Festhalten an der bisher beobachteten Neutralität. Tatsächlich besteht kein Grund zu der Annahme, daß einzelne Mächte das Konzert verlassen wollen, um in die Entwidlung der Dinge im Orient nach eigenem Ermessen einzugreifen.“

Für ein gemeinsames Auftreten Europas kommen Zwangsmassregeln gegen die Türkei nicht in Frage. Sie würden mit den Grundfäden der Neutralität nicht in Einklang stehen und könnten bedenkliche Folgen haben. Es bleibt im Interesse der Einigkeit unter den Großmächten, nur das Weitergehen auf dem Wege gemeinsamer diplomatischer Einwirkung, um neue Feindseligkeiten zu verhüten oder, falls dies unmöglich, sie örtlich und zeitlich einzuschränken.“

Die Auffassung in Paris.

Paris, 27. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ meldet aus London, daß die Verbündeten den unverzüglichen Abbruch der Verhandlungen beschloffen haben. Die Note wird morgen redigiert und am Mittwoch- oder Dienstagabend dem türkischen Delegierten übergeben werden. Der russische Vorkonferenzen, Graf Benckendorff, hatte gestern eine lange Unterredung mit Grey, der die Notwendigkeit, eine isolierte Improvisation zu vermeiden, betonte. Aus Konstantinopel meldet der „Temps“, in Syrien und Armenien herrsche große Aufregung; in Konstantinopel selbst sei jeden Augenblick eine Gegenrevolution zu befürchten. Die Türken seien von der moralischen und materiellen Hilfe Deutschlands zu einem ehrenhaften Frieden überzeugt. In seinem Leitartikel meint das Blatt, trotz des Willens der Großmächte wäre eine Aufrollung der asiatischen Frage möglich. Bisher sei die Einigkeit aufrechterhalten geblieben. Die Situation würde sich aber ändern, wenn durch blutige Konflikte in einem türkischen Reichsteil einer Regierung materielle oder moralische Verantwortungen auferlegt würden. Da die Türkei von der neuen Regierung nichts Günstiges zu erwarten hätte, sollten die Verbündeten Geduld bewahren und nicht durch jähe Aufnahme der Feindseligkeiten Schwierigkeiten für Europa schaffen. Dies sollte die Vorkonferenz den Verbündeten zu verstehen geben. Geschieht dies mit der genügenden Klarheit und Einigkeit, so kann gehofft werden, daß dies befolgt werde. Im anderen Falle freilich sei alles zu befürchten. Die letzten Sätze sind offenbar auf die russischen Provokationsabsichten gemünzt.

Nähere Auffassung in London.

London, 27. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In unterrichteten Kreisen wird die Drohung der Balkanstaaten, die Verhandlungen abzubrechen, als Bluff bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß außer Bulgarien keiner der Balkanstaaten von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten noch etwas zu hoffen hat und man glaubt nicht, daß Serbien und Montenegro viel Lust verspüren, die Suppe zu essen, die Bulgarien allein eingebrotet hat. Im schlimmsten Falle dürfte es jedoch noch eine Weile dauern, ehe der Waffenstillstand zu Ende kommen kann. Auch ist mit dem Druck zu rechnen, den die englische Regierung zweifelsohne auf die Verbündeten ausübt.

„Times“ schreiben heute, ein der Mittel, die Kriegsgefahr zu beschwören, sei, jedem möglichen Friedensstörer konsequent die Mittel abzuschlagen. Ein anderes Mittel sei, durch wohlüberlegte, doch feste Vorstellungen allen beteiligten Parteien Mäßigung aufzuerlegen. Augenblicklich wären derartige Vorstellungen namentlich in Bukarest am Platze.

Rumänien's Drängen.

Bukarest, 26. Januar. Da die bulgarische Regierung das Ausmaß der Rumänien zu gewährenden Konzessionen bisher antilich in Bukarest noch nicht mitgeteilt hat, so ist der rumänische Gesandte in London, Mischu, beauftragt worden, dem bulgarischen Delegierten Danew mitzuteilen, daß die rumänische Regierung diese antiliche Mitteilung dringend erwarte.

London, 27. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Besprechungen zwischen Dr. Danew und dem rumänischen Gesandten Mischu heute vormittag wieder aufgenommen worden und werden nach einer aus rumänischen Kreisen stammenden Mitteilung in freundschaftlicher Weise fortgesetzt. In rumänischen Kreisen wird in Abrede gestellt, daß Rumänien bei der vorgeschlagenen Verringerung der Dobrußahegrenze Balcik und Silistria beansprucht.

Die Stellung Rußlands.

Petersburg, 25. Januar. Die halbamtliche „Kossja“ schreibt: „Ungeachtet der neuen Lage in Konstantinopel hat sich die Haltung der Mächte gegenüber dem Balkankrieg, die in der der Spitze überreichten Kollektivnote zum Ausdruck gebracht wurde, nicht geändert. Die russische Regierung ist sich mehr als je der Notwendigkeit bewußt, dem Kriege ein Ende zu machen, und wird keine Mühe scheuen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß ganz Europa einmütig dasselbe Ziel verfolgt. Es erwartet von dem neuen türkischen Kabinett, das das Vertrauen der Mächte braucht, denselben vernünftigen, persönlichen und mit den Lebensinteressen der Türkei übereinstimmenden Geist, den jüngst das Kabinett Kiamil Pascha an den Tag legte, das so unerwartet vom Schicksal verschunden ist.“

Die Drohung der Balkanstaaten.

London, 26. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Balkanlegierten ein Komitee eingesetzt, dem ein Vertreter jeder Delegation angehört, um ein Schreiben aufzusetzen, das der türkischen Mission vorgestellt werden soll. In diesem Schreiben soll der türkischen Mission der Beschluß der Balkanlegierten, die Verhandlungen abzubrechen, mitgeteilt werden.

Handlungen abzubrechen, mitgeteilt werden. Der Entwurf der Note wird morgen einer neuen Konferenz der Delegierten vorgelegt werden, auf der auch der genaue Zeitpunkt ihrer Ueberreichung festgesetzt werden wird. Man weiß indessen noch nicht, ob die seit drei Wochen suspendierten Verhandlungen mit der Ueberreichung der Note ihr Ende erreicht haben werden oder ob noch ein kurzer Zeitraum zwischen der Ueberreichung und dem Abbruch der Verhandlungen liegen wird. Alle diese Einzelheiten werden morgen geregelt werden. Nach Ansicht der Verbündeten sind nicht sie es, die die Verhandlungen abbrechen; die Verantwortlichkeit für den Abbruch bleibe bei den Türken, da der Wechsel des Kabinetts und die ottomanischen Manifeste klar gezeigt hätten, daß die Antwort an die Mächte negativ ausfallen werde.

Die serbische Ansicht.

Belgrad, 26. Januar. Das Regierungsorgan „Samouprava“ führt in Besprechung der Konstantinopeler Ereignisse aus: Es fragt sich, welche Richtung die weiteren Ereignisse auf dem Balkan nehmen werden und welchen Einfluß der Staatsstreik auf die allgemeine europäische Lage haben wird. Da das neue Kabinett einer dem klugen Räte der Großmächte feindlichen Umwälzung seine Entstehung verdankt, mühte es logischerweise die Note der Großmächte abzulehnen. Bei der gegenwärtigen politischen Lage ist es schwer, die Absichten und politischen Kombinationen der neuen Regierung zu verstehen. Sicher aber ist, daß die Balkanstaaten von ihren Forderungen nicht zurücktreten werden. Im Bewußtsein seiner Stellung gegenüber der des Gegners wird der Balkanbund in seiner Haltung ausharren, um das Ziel, das er sich gesetzt, zu erreichen.

Die türkische Antwort.

Konstantinopel, 26. Januar. Nach dem ersten Eindruck von den Ereignissen am Donnerstag hat Stambul sein gewöhnliches Aussehen wieder angenommen. Es herrscht vollständige Ruhe. Nichts läßt darauf schließen, daß sich Ereignisse von solcher Tragweite vor drei Tagen zgetragen haben.

Salki Pascha hat das Portefeuille des Aussenministers zurückgewiesen. Prinz Said Galim soll bereit sein, es zu übernehmen. Seine Ernennung wird heute der Sanction des Sultans unterbreitet werden.

Der Ministerrat berät über die Antwortnote an die Mächte, welche wahrscheinlich nach der endgültigen Ernennung eines Ministers des Aussenministers überreicht werden wird. Nach einer Erklärung des Großwesirs wird die Note in versöhnlichem Tone gehalten sein, da die türkische Regierung wünscht, den Kontakt mit den Großmächten aufrechtzuerhalten und weiter mit ihnen zu verhandeln.

Es wird versichert, daß die Zeitungs- und Depeschensur, die bereits ein beträchtliche Abschwächung erfahren hat, ganz aufgehoben werden soll. Das Blatt „Fischa“, welches als ziemlich unparteiisch gilt, warnt die Regierung, den Mächten eine abschlägige Antwort zu geben, denn man dürfe nicht auf eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente rechnen. Das Blatt spricht von einer drohenden Haltung der Tripelentente und meint, bevor die Türkei einen entscheidenden Schlag fahre, solle die Porte den Mächten in mehr informativem Sinne antworten und Erklärungen über die Vorkläge und Versprechungen der Mächte verlangen.

Den Blättern zufolge hielten einflußreiche Mitglieder des jungtürkischen Komitees eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, daß Adrianopel und die Inseln des Archipels niemals abgetreten werden dürften.

Vorbereitungen zur Abreise.

London, 27. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt, daß Oberst Jostoff, der militärische Ratgeber der bulgarischen Mission morgen London verläßt, um sich nach Iskataldschu zu begeben. Die bulgarischen Delegierten erklären, die serbische Mission gehe morgen, die bulgarische Mittwoch und die griechische am Donnerstag ein Frühstück zu Ehren der anderen Balkanlegierten und die Veranstaltungen bezeichnen das Ende des Aufenthalts der Delegierten in London.

Erregung in Indien.

London, 27. Januar. Das Reutersche Bureau meldet aus Calcutta: Die Muselmanen halten Versammlungen zugunsten der jungtürkischen Partei ab und fassen Resolutionen, in denen sie die Wiederaufnahme des Krieges verlangen, und das grollhafte Schwitzen Europas und die Unmätigkeit Englands gegenüber den bulgarischen Uebergriffen verurteilen.

Die Fleischpreise steigen.

Schon für den Dezember vorigen Jahres war ein erneutes Ansteigen der Preise einzelner Fleischsorten aus den Fibern der amtlichen preussischen Statistik abzulesen, nachdem der Oktober und November einen ganz geringen Preisrückgang gebracht hatte. Die neuen Zahlen der „Statistischen Korrespondenz“ für die Fleischpreise in der ersten Hälfte Januar dieses Jahres zeigen nun deutlich, daß die Fleischnot erneut im Steigen begriffen ist. Nur bei Rindfleisch blieben die Kleinhandelspreise gegenüber der zweiten Hälfte des Dezember auf der gleichen Höhe von 1,80 M. für 1 Kilo. Dagegen erhöhte sich der Preis für Kalbfleisch und Hammelfleisch um 8 Pf., für Schweinefleisch und Speck um 2 Pf. Diese Steigerung im Laufe eines halben Monats ist außerordentlich groß. Das wird noch deutlicher, wenn man die diesjährigen Preise mit denen vom Januar 1912 vergleicht. Man sahle für ein Kilo in Pfennigen:

	1912	1913	mehr
Rindfleisch	169	188	14
Kalbfleisch	187	206	19
Hammelfleisch	169	191	22
Schweinefleisch	146	185	39
Speck	169	217	48
Pferdefleisch	77	90	13

Gegenüber diesen Zahlen kann man nur die Tatsache unterstreichen, daß die Preissteigerungen der Regierung völlig versagt haben. Anstatt aber die Bekämpfung neu und verstärkt in Angriff zu nehmen, zögert die Regierung sogar mit der Anwendung der bereits beschlossenen Maßregeln. Dabei lehnen die bisher bestanden gewordenen Fibern der Viehzählung vom 1. Dezember 1912, daß überall ein starker Rückgang des Viehbestandes stattgefunden hat. Wenn das Angebot nicht durch die erleichterte Einfuhr von Vieh und Fleisch wesentlich vermehrt wird, ist daher mit einem weiteren starken Steigen der Preise zu rechnen. Schon jetzt sind Schweinefleisch und Speck 40 bezw. 45 Pf. pro Kilo teurer als im Januar 1912, wo mit Recht über Fleischnot geklagt wurde. Nach dem Rezept des Landwirtschaftsministers soll sich allerdings die Bevölkerung daran gewöhnen, mehr Geld für ihre Nahrung auszugeben.

Die jetzigen Preise machen es aber der großen Masse des Volkes bis in den Bürgerstand hinein überhaupt unmöglich, Fleisch zu genießen. Das Volk muß hungern und die Regierung und die agrarischen Parteien tun im Junkerinteresse nichts gegen das Elend, das die Volksgesundheit untergräbt. Seit das preussische Abgeordnetenhaus bei der Fleischsteuerungsdebatte die Regierung zum untätigen Zuschauen ermahnte, stellt sich die Regierung zu allen Forderungen des Volkes hartnötiger als je. Auch in dieser Frage ist das Dreiklassenhaus das ärgste Demmuis. Die Landtagswähler werden das nicht bei den Neuwahlen vergessen.

Das Schicksal der englischen Wahlrechtsvorlage.

London, 25. Januar. (Fig. Ber.)

Die Wahlrechtsvorlage ist tot. Der bestimmte Beschluß des Kabinetts, die Vorlage zurückzuziehen, liegt zwar noch nicht vor; aber jedermann ist es klar, daß es nutzlose Zeitverschwendung wäre, mit der Beratung einer Vorlage fortzufahren, über der das Damoklesschwert des Einspruchs des Speakers schwebt. Es ist nämlich in letzter Stunde herausgefunden, daß das Aufspalten des Frauenstimmentals auf die Vorlage gegen die Geschäftsordnung des Unterhauses verstößt, die nicht zuläßt, daß eine Vorlage in der Komiteeberatung so einschneidend verändert wird, daß sie einen ganz anderen Charakter als den ursprünglichen annimmt. Der Speaker hat sein Urteil darüber, ob die Annahme eines der Frauenstimmrechts-Amendements die Vorlage nichtig mache, zwar noch nicht gefällt, aber aus den Äußerungen, die er letzten Donnerstag fallen ließ, kann man mit Bestimmtheit schließen, daß die Einverleibung eines der Amendements oder gewisser Regierungsamendements später seinen Einspruch hervorrufen wird. Nicht allein das Frauenstimmrecht bedroht das Schicksal der Vorlage. Der Einspruch des Speakers würde auch erfolgen, wenn ein wichtiges Regierungsamendement angenommen würde, das die sogenannten „Beschäftigungswähler“ ausmerzen soll. Ursprünglich stand in der Vorlage, daß jeder entweder dort, wo er wohnt, oder dort, wo er ein Geschäft hat, wählen könne. Nach näherer Prüfung kam die Regierung jedoch zur Ueberzeugung, daß diese zweifache Qualifikation zu unläuterer Wahlmännern führen könnte, weshalb die Vorlage im Komitee entsprechend verändert werden sollte.

Der Regierung scheinen nur zwei Wege offen zu stehen. Entweder läßt sie es auf den Entschluß des Speakers ankommen und nimmt den Kampf mit dem Hüter der parlamentarischen Tradition auf, oder sie läßt die Vorlage fallen und bringt eine neue ein. Aber beide Wege führen nirgends wohin. Durch den Kampf mit dem Speaker würde sie ihre Position nur schwächen und so viel Zeit verlieren, daß sie ihre Geschäfte bis zum nahen Ende der Legislaturperiode nicht bewältigen könnte. Brächte sie eine neue Vorlage ein, so würde diese Vorlage nicht den Schutz des Parlamentes genießen, da der Zeitraum, der verstrichen ist, um eine Vorlage dem Vorkred der Lords zu entziehen, von dem Tage der ersten Lesung an gerechnet wird. Unter diesen Umständen wird sie es wohl vorziehen, die ganze verfahren Wahlrechtsvorlage fallen zu lassen und mit der Vorlage zur Abschaffung der Pluralwähler fortzufahren, die die zweite Lesung hinter sich hat und die ihr ein vor kurzem mit einem Remischen befohlener Streiker für den Fall warm gehalten hat, daß der Wahlrechtsvorlage unterwegs ein Rasheur passieren sollte.

Man muß gestehen, daß die ganze Sache wie ein vorausbestimmtes Manöver aussieht, um die Frauen zu prellen. Sollte sich unter der Horde der geriebenen Liberalen, Juristen, die die parlamentarische Prozedur wie ihre Westentasche kennen, nicht ein einziger gefunden haben, der den Einspruch des Speakers vorausahnt? Es scheint unglücklich, hatte Herr Asquith, als er den Frauen das großmütige Versprechen gab, den eingetretenen Fall gar im Auge? Weshalb war die Regierung so sehr darauf erpicht, sich durch die Vorlage zur Abschaffung der Pluralwähler den Rücken zu decken? Die liberalen Blätter schieben die Schuld natürlich dem bösen Schicksal in die Schuhe, aber die Frauen behaupten mit vielem Recht, daß dem Schicksal in dieser Affäre von gewisser Seite wertvolle Helderdienste geleistet worden sind. Den meisten Liberalen wird die Entwidlung der Dinge nicht unangenehm sein, so traufrige Gesichter sie auch machen mögen. Vielerlich doch in der nächsten Session jetzt eine treffliche Gelegenheit, die Wahlrechtsvorlage wieder einzubringen, die dann, von den Lords verworfen, bei den nächsten Parlamentswahlen eine gute Wahlparole liefern würde.

London, 27. Januar. Die Wahlrechtsbill ist zurückgezogen worden.

Bevor Premierminister Asquith den Entschluß der Regierung, die Wahlrechtsbill fallen zu lassen, bekannt gab, ersuchte er den Sprecher, zu erklären, welcher der eingebrachten Änderungsanträge zur Wahlrechtsbill im Falle seiner Annahme den Charakter der Bill so gründlich ändern werde, daß es notwendig werden würde, eine neue Bill einzubringen. Der Sprecher wies in seiner Antwort darauf hin, daß drei alternative, das Frauenstimmrecht betreffende Änderungsanträge eingebracht worden seien, welche die gegenwärtige Wählerliste um elf bezw. sechs bezw. anderthalb Millionen Frauen vermehren würden. Nach seiner, des Sprechers, Ansicht, würde die Annahme jedes einzelnen dieser Änderungsanträge die Bill derartig verändern, daß sie zu einer neuen Bill werden und damit ihre Zurückziehung nötig sein würde. Daraufhin erklärte Asquith, daß unter diesen Umständen und angesichts der den Anhängern des Frauenstimmrechts gegebenen Zusicherungen die Regierung die Bill fallen lasse. Angesichts der Entscheidung des Sprechers sei es auch zweifellos, die Debatte über den Änderungsantrag Grey fortzusetzen. Als persönlicher Gegner des Frauenstimmrechts bedauere er, daß die Frage nicht zur Abstimmung gekommen sei, denn er habe dieser Abstimmung niemals mit Besorgnis entgegengesehen. (Beifall und Weiterf.)

Da es unmöglich sei, führte Asquith weiter aus, über die das Frauenstimmrecht betreffenden Änderungsanträge zu debattieren, habe die Regierung gemeint, daß sie gerechterweise mit der Verhandlung der anderen Bestimmungen der Bill nicht fortfahren solle. Es bliebe daher noch die Frage übrig, was weiter zu geschehen habe. (Rufe von den Banken der Opposition: Legen Sie die Frage den Wählern vor!) Wenn auch die Regierung der Ansicht sei, daß Asquith fort, daß sie in der laufenden Session keine weiteren Anträge in der Wahlrechtsfrage stellen könne, so bedeute dies doch nicht, daß sie die Pflicht aufgabe, mit der Wahlrechtsreform fortzufahren, falls und wenn immer sich die Gelegenheit dazu biete. Die Regierung beabsichtige auch, die Frage des Rückstandes der Pluralstimmen noch in der

Der Raub der Mongolei.

„Rußland hat nichts im Westen zu suchen. Es kann dort nur den Wohlstand und andere Krankheiten holen. Seine Mission liegt in Asien. Dort betritt es die Zivilisation.“

Wismar, „Gedanken und Erinnerungen“.

Während Europa mit der Balkanfrage und der immer wieder ausstehenden Gefahr eines Weltkrieges zu tun hatte, hat die russische Diplomatie den sorgfältig vorbereiteten Schlag gegen die chinesische Republik geführt... Die russische Diplomatie hat diesen Coup schon lange vorbereitet.

zweier mongolischer Stämme, denselben Schritt unternimmt, jetzt es sich, um die Existenz der Entente mit Rußland aufrecht zu erhalten, über den russischen Rechtsbruch gegenüber China ebenso hinweg, wie über die russische Raubwirtschaft im Norden Persiens.

Das jetzt von Rußland an sich gerissene Gebiet, das einen Flächenraum von 1 1/2 Millionen englische Quadratmeilen umfaßt, schließt die Kette der jetzt unter russischen Einfluß stehenden Länder, die sich längs der sibirischen Grenze vom Pamirplateau bis zur Mandchurie hinzieht.

Die Handhabe hierzu bietet ihnen das Abkommen, das am 21. Oktober (3. November) 1912 vom ehemaligen russischen Gesandten in Peking Korostowez mit einigen mongolischen Fürsten abgeschlossen, und am 26. Dezember auf Befehl des Zaren vom Senat veröffentlicht worden ist.

tischen und strategischen Vorteile, die mit der „friedlichen Durchdringung“ dieses gewaltigen Gebietes verknüpft sind, es unterwirft auch die meist aus Nomadenstämmen bestehende Bevölkerung der Willkür und schrankenlosen Ausbeutung der russischen Einwanderer.

Dem letzten Umstande ist es zuzuschreiben, daß die russische Bourgeoisie trotz ihrer Besorgnis wegen der möglichen Komplikationen, den Raub der Mongolei mit Freuden begrüßt. Der russische Ausfuhrhandel ist nicht einmal in der Mongolei konkurrenzfähig, das hat die „Moskauer Handels-expedition nach der Mongolei“ in ihrem kürzlich erschienenen Bericht festgestellt.

Betrachtet man neben diesen wirtschaftlichen Ergebnissen des russischen Vorgehens gegen die Mongolei die allgemeinen weitzpolitischen Konsequenzen, so gewinnt man ein Bild, das mit dem an die Spitze dieses Artikels gesetztem Ausspruch Wismarcks, das als Dogma der deutschen Diplomatie angesehen werden kann, im denkbar schärfsten Widerspruch steht.

Kleines feuilleton.

Wovon leben die Orchester? Solche Frage erscheint auf den ersten Blick recht überflüssig. Man wird aber schnell eines Besseren belehrt, wenn man eine wirklich befriedigende Antwort geben soll.

Uns liegen Angaben vor über die finanziellen Verhältnisse eines der größten und bekanntesten Berliner Sinfonieorchester. Eine Subvention von der Stadt, wie sie z. B. das Philharmonische Orchester erhält, um während des ganzen Jahres billige Volks- und Sinfoniekonzerte zu veranstalten, besteht es nicht.

Unmonatlich während seines Berliner Winteraufenthaltes gibt das Orchester ein großes Sinfoniekonzert unter Heranziehung eines bekannten Dirigenten von Ruf und erstklassiger Solisten. Der Dirigent erhält für seine Mitwirkung 1000 M. pro Konzert, die Solisten im Durchschnitt zusammen 800 M.

Sonorar, müssen vielmehr bis zu 2000 M. für jedes Konzert bezahlen, das sie dirigierten.

Wahre Goldgruben für das Orchester sind die Solistenbegleitungskonzerte. Der Ehrgeiz von Sängern und Virtuosen beiderlei Geschlechts drängt sie danach, in Berlin, der Zentrale des deutschen und auch internationalen Musiklebens, ein Konzert mit Begleitung der hier bestehenden großen Orchester gegeben zu haben.

Ziehen wir nun die Schulbilanz, so kommen wir zu dem gewiß merkwürdigsten Ergebnis, daß die großen Privatdirigenten auf keinen Fall existieren können von den Veranstaltungen, die sie in eigener Regie treffen.

Das ist eine bedenkliche Erscheinung, ein Krebsgeschwür des heutigen Musiklebens, der aber in Weilen unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet ist. Es werden ja keine Konzerte veranstaltet, um das Musikbedürfnis des Volkes zu befriedigen, um der wahren Kunst Dienerin und Förderin zu sein, nein, nur um Profite zu machen.

Theater.

Königl. Schauspielhaus: „Die Fieschen“, Lustspiel von Leo Benz. Das königl. Schauspielhaus, das seine Abhängigkeit vom Hofe durch konsequente Voylrot aller dessen, was in den letzten Jahrzehnten irgendeine künstlerische Bedeutung geschaffen wurde, manifestiert, pflegt, da es ganz ohne Robliäten nun einmal nicht geht, sein Publikum im Laufe der Saison durch einige zeitlose Klassikerleiten zu erfreuen.

Bei seiner Heimkehr stellt sie ihm denn auch einen jungen Aristokraten als künftigen Verlobten vor. Aus lauter Mißleid, weil er sonst von seinen Schulden nicht loskäme, gedenkt das gute Kind, ihm ihre Hand samt ihrer Million zu schenken.

Notizen.

Ein Filmarchiv hat die Urania ins Leben gerufen. Es soll sämtlichen Lehranstalten Groß-Berlins wissenschaftliche Filme zur Verfügung stellen. Apparate und Räumlichkeiten sollen kostenlos dargeboten werden.

Die Karriere eines Straßoprofessors. Professor Julius Wolf hat einen Ruf auf den vollstättigsten Lehrstuhl der Charlottenburger Technischen Hochschule erhalten und angenommen. Herr Wolf, der einst in Jülich dozierte, machte vor Jahren durch ein Buch gegen den Kathederrationalismus einiges Aufsehen.

Die Aufteilung von Jahnaja Poljana. Nach dem letzten Willen des Grafen Leo Tolstoi sollte sein Gut unter die dort wohnenden Bauern verteilt werden. Wie die Moskauer Blätter berichten, dürfte die Verteilung in ein bis zwei Monaten stattfinden.

Militärische Wasserflugzeuge. Die Marinebehörden der Vereinigten Staaten arbeiten mit besonderem Nachdruck darauf hin, die Marine mit einer großen Anzahl von Flugzeugen auszurüsten; nach den bisherigen Plänen erhalten fortan alle großen Schlachtschiffe und Kreuzer besondere Wasserflugzeuge. Eine neue Erfindung des Kapitäns Washington Chamber hat die Verwirklichung dieser weitgehenden Pläne ermöglicht.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Karl Willner** am 24. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Gehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Reußstr. Hermannstraße, aus statt. Regen Beteiligung erwartet.
111/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin **Emma Lepczinski** am 24. Januar im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Gehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Halle des St. Nikolaus-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
162/9 Die Ortsverwaltung.

Am 25. Januar verschied nach kurzem aber schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann und guter Vater 22356

Fritz Bellin.

Um stille Teilnahme bittet
Die trauernde Wittin:
Emma Bellin.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Karl Schulz

lage ich allen Freunden und Bekannten, ganz besonders den Händlern Berlins und auswärts sowie den Genossen des 390. Bezirks des viernten Kreises herzlichen Dank.
524
Witwe Schulz.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

General-Versammlung.
Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4, Engelauer 15:

Tagesordnung:
1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Bericht für das 4. Vierteljahr 1912. Berichterstatter: Kollege Hoffmann. 3. Neuwahlen: a) Ortsverwaltung; b) Revisoren; c) Delegierte zur Gewerkschaftskommission; d) Bibliothekskommission. 4. Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Berichterstatter: Kollege Wuyts.
33/4
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirksversammlung für Moabit
im Moabiter Gesellschaftshaus, Bielestraße 24.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen W. Ziering. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
der chirurgischen Branche
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit jedes Kollegen.

Mittwoch, 29. Januar 1913, abends pünktlich 6 Uhr:
Versammlung
der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Rolles: „Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Wahl von drei Kommissionsmitgliedern. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Es ist Pflicht, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schmiede, Keßelschmiede und Autogenschweißer
in Voelkers Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung:
1. „Das Koalitionsrecht in Gefahr!“ Referent: Kollege W. Wuyts. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Neuwahl des Verhandlungsausschusses. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Besuch der Branchenversammlungen läßt in jeder Beziehung sehr viel zu wünschen übrig: wir hoffen, daß die Beteiligung in dieser Hinsicht eine bessere wird. Mitgliedsbücher sind mitzubringen und am Eingang des Saales vorzulegen.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.
Tagesordnung:
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
111/14
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

Bettfedern

Graue Federn Pfd. 55 Pf.
Entenfedern Pfd. M. 1.—, 1,30
Ent-Halbdaun. Pfd. M. 1,75, 1,90
Gemischte Ruffedern Pfd. M. 2.—
Halbweisse Halbdaunen Pfd. M. 3,50
Gänsefedern (zum Relassen) Pfd. 60 Pf.
Weisse Halbdaun. Pfd. M. 3.—, 3,50, 4,50 u. 6.—
Schliefefedern, halbweiss Pfd. M. 1,50
Weisse Schliefefedern Pfd. M. 2.—, 2,50 u. 3.—
Kollweisse Schliefefedern Pfd. M. 3,50, 4,50 u. 6.—
Oderbrucker Gänseeschliefefedern mit Daunen Pfd. 1,50

Daunen

Russische Matador-daunen (gen. gesch.) Pfd. M. 3,50
Weisse Daunen Pfd. M. 5.—
Prima hellweisse Daunen Pfd. M. 6,50
Lecht böhm. Daun. Pfd. M. 9.— (2 1/2 — 3 Pfd. zum Oberbett.)

Monopoldaunen
(gesetzlich geschützt)

das Pfund 2.85 Mark
(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)

Fertige Betten
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt mit grauen Federn Stand 12.— reichlicher gefüllt 15.—
von grau-rot oder rot-rosa Körperstout, gefüllt mit chin. Entenfedern Stand 24 50 28 50 33.—
von echt türkisch-rottem Inlett (Unterbett Dreißig) gefüllt mit Halbdaunen und Federn Stand 39.—
Bessere Betten M. 46.—, 55.—, 63.— bis 105.—

Erste Bettfedern-Fabrik
mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S96, Prinzenstr. 46 u. 47

Fertige Bettinlette

Körper-Inlett rot, rot-rosa, grau-rot
Oberbett 120x200: Mark 3,60, 4,20, 4,40, 5,70
Kissen 80x75: Mark 0,90, 1,05, 1,20, 1,45
Unterbett 100x200: Mark 3.—, 3,50, 4.—, 4,75
Inlett rot, rot-rosa, bunt
Oberbett 120x200: Mark 6,60, 8.—, 9,50
Kissen 80x80: Mark 1,85, 2,20, 2,75
Drell rot rot-rosa, bunt, 100x200: M. 6.—, 6,40, 6,80, 7,40

Inlettstoffe

vom Stück, das Meter:
Kissenbreite 80/84 cm 52, 70, 80 Pf., 105 125 155
Oberbettbreite 130 cm 110 125 105 200

Steppdecken
mit Watte und Wollfüllung zu 3,50, 4,50, 5,25, 8.—, 10.—, 12.—, 16.—, 18.— M.

Daunen-Steppdecken
gefüllt mit prima federfreien Daunen zu 22.—, 26.—, 32.—, 34.—, 42.— M.

Schlafdecken
in Wolle und Baumwolle.
zu 2.—, 2,75, 3,65, 4,50, 6,50, 8,50, 11.—, 15.—, 19.—, 22.—, 25.— M.

Metal-Bettstellen
zu 3.—, 7,50, 9,50, 11.—, 14,50, 16,50, 18.—, 20,50, 22,50, 24.—, 25.—, 28.—, 30.—, 34.— bis 175.— M.

Jährlicher Umsatz von **3000** Ztr.
Bettfedern und Daunen
Von keinem zweiten Geschäft, das an Private liefert, auch nur annähernd erreicht. Gleiche anderweitige Angaben sind unwahr.

Das Geschäft besteht 26 Jahre.

Das Geschäft besteht 26 Jahre.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vorstandsbericht und Bericht des Geschäftsführers. 2. Wahl der Kommissionen. 3. Bericht über die Verhandlungen mit dem Blumenarbeiterverband. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen:

Perlmutter-, Horn-, Steinnußknopf-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 11), Engelauer 15.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Bodenleger.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal).

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Kommissionsmitgliedes. 3. Branchenangelegenheiten.

Korbmacher.

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal).

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchen- und Zentralkommission und Neuwahl derselben. 2. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Bericht und Neuwahl der Kommission. 3. Bericht und Neuwahl der Zentralkommission.

Mitgliedsbuch legitimiert in allen Versammlungen.
78/8 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

In Freien Stunden

Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



„Rentenhyfterie“.

Daß die Gewerkschaften in unheimlicher Weise die moralische und physische Gesundheit des Volkes bedrohen, hat der schon einmalige bekannte Professor Ludwig Bernhardt entdeckt. Die Scharfmacher reichen ihm dafür die Palme der Wissenschaft. Daß die Behauptung Bernhards das Gegenteil der Wahrheit ist, genügt die Vertreter kapitalistischer Interessen nicht. Die Hauptsache ist: sie dient ihren Zwecken! Professor Bernhardt fühlt sich als Ritter des Vaterlandes. Mit drohend erhobenem Zeigefinger warnt er vor den Folgen der Sozialversicherung. Er betrachtet sie gewissermaßen als einen moralischen Sumpf, in dem Selbstverantwortlichkeit und Ehrlichkeit erstickt und schließlich auch die körperliche Tüchtigkeit der Arbeiterschaft untergraben wird. Das Volk leidet angeblich an einer durch die Sozialversicherung verursachten, sich furchtbar verbreitenden „Rentenhyfterie“. In einer Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ hat Bernhardt seine großartigen Entdeckungen und Reformvorschläge niedergelegt. Hören wir, was hinter der Theorie von der Rentenhyfterie steht.

In den letzten Jahren sind von Kenntnis wenig angekrankelte Kräfte auf den Gedanken gekommen, daß die Aussicht, eine Rente zu erlangen zu können, zu Simulation von Leiden verführe. Noch schlimmer aber sei, daß viele Objekte einer Rentensucht suggestiven Einflüssen unterliegen; deren Folgen seien psychische Störungen, die weitere nervöse Erkrankungen (traumatische Neurose) verursachen. Den Gewerkschaften macht Bernhardt den Vorwurf, daß sie die „Rentenhyfterie“ fördert, weiter aber auch die sozialen Einrichtungen parteipolitisch mißbrauchten. Zu dem aherigen Vorwurf schreibt er: „In einem Lande, in dem viele Millionen Menschen in einheimischer Weise versichert sind, richten sich natürlich immerfort viele Millionen Augen auf den geldspendenden Versicherungsmechanismus. Jede Bucke im Aufbau wird erpast und ausgenutzt, jede Möglichkeit wird erprobt und wird schnell in den breiten Massen wohlbekannt. Und diese „Orientierung“ der Massen ist keineswegs auf den Zufall angewiesen, sondern vollkommen organisiert. Heute haben die Arbeiterverbande, und zwar sowohl die sozialdemokratischen wie die anderen Verbände ihre „händigen Vertreter“ am Reichsversicherungsamt; Sekretäre, von denen nicht nur die Arbeiter in den Prozessen unterstützt werden, sondern durch die auch die Presse mit Material versehen und die Mitglieder des Reichstages orientiert werden.“

Die den armen, vielfach unbeholfenen, meist geschedunkundigen Unfallverletzten von den Gewerkschaften dankschwermertweise geleistete Hilfe soll einen Anreiz zu Simulationen geben, die Verbreitung nervöser Erkrankungen gefördert haben! Also seien die Gewerkschaften verantwortlich für die Rentenhyfterie!

Wie sieht es denn mit den behaupteten „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“ und deren Ursachen in Wirklichkeit? Professor Bernhardt beruft sich auf eine reichhaltige medizinische Literatur. Sie soll eine erschreckliche Ausbreitung der Rentenhyfterie dartun. Aber das Material ist wenig einwandfrei. Das konstatiert selbst wieder Bernhardt, nämlich dann, wenn ärztliche Untersuchungen keine Beweisführung nicht zu stützen verhugen. Verschiedene Erhebungen haben nur eine verschwindend kleine Zahl von traumatischen Neurosen festgestellt. Das soll ein Konto in der Gehirnskarte sein. Was nicht pat, taugt nicht. Solche Methode erholt sicher nicht den Wert der übrigen wissenschaftlichen Feststellungen, bei denen eine der anderen widerpricht. Wahrd man glauben, den meisten Rentensuchern loge Simulation zugrunde. Ja, man hört sogar, daß der Schwindel planmäßig betrieben und gefördert werde. „In Oberschlesien zum Beispiel gebe es erfahrene Rentensucher, die geradezu Unterricht erteilen in der Simulation der traumatischen Neurose. Und selbst wenn nicht direkt „Unterricht“ erteilt werde, bräuchten die Verhältnisse es mit sich, daß der deutsche Arbeiter heute allenthalben Gelegenheit findet, sich zu informieren.“

So werden unerhörte Verdächtigungen ausgesprochen. Die Beweisführung scheint man sich. Schließlich ist ja nichts Positives behauptet worden. Das soll „voraussetzungslose Wissenschaft“ sein. Die Behauptung von dem großen Umfange von Simulationen trifft Bernhardt übrigens selbst bald wieder über den Haufen durch die Feststellung, daß sich Simulation schwer, oft überhaupt nicht nachweisen lase. Selbst codierte Experimente der unterstehenden Kräfte sollen da vollständig versagen, so bekundet Bernhardt: „So warnt z. B. Schuster die Kräfte davor, ein starkes, mit plumpem Hinzufügen verbundenes Schwanken deshalb für simuliert zu erklären, weil es „gar zu abenteuerlich, großes und gemacht aussieht“; denn die Hyfteriker machen bei der Untersuchung oft genau denselben Eindruck. Ja, es gibt kum eine Erscheinung, die beim Hyfteriker nicht ebenso wie beim Simulanten beobachtet wird.“ Man hat geradezu ingenieure Apparate und Methoden ausgedacht, mittels deren falsche Angaben des Patienten aufgedeckt werden sollten. Alle diese Methoden haben den Fehler, daß sie unter Umständen bei uninteressierten Hyfterikern genau das gleiche anscheinend blostellende Resultat liefern können, wie bei Simulanten.“

Wundern muß man sich nur, daß trotz dieser Feststellung mit unerschuter Sicherheit ein starkes Vorberichten der Simulation „festgestellt“ wird. Die Wissenschaft verfaßt, subjektive Auffassung und Voreingenommenheit soll dafür als gläubig hingenehme Beweisführung gelten. Es gehert eine starke Portion Leichtgläubigkeit dazu, dem Herrn Prof. Bernhardt zu folgen. Beweis er doch im folgenden Kapitel seiner Schrift, daß die Simulation eigentlich nur eine untergeordnete Rolle spiele, die größere Gefahr in der Suggestion als Behalt nervöser Erkrankungen zu suchen sei. „Je genauer die Kräfte die verschwimmende Grenze zwischen Simulation und Hyfterie studierten, je mehr Material sich an sammelte, um so entschiedener wurde die Ueberzeugung, daß den Hyfterischen, den nervösen Rentensuchern eine weit größere Bedeutung zukomme, als der Simulation. Und man bezweifelt heute nicht mehr, daß in der Verbreitung der hyfterischen, neurotischen hypochondrischen Erscheinungen eine Gefahr liegt.“

Noch solchen widersprechenden Feststellungen mutet es eigenartig an, wenn Professor Bernhardt sich moralisch über Unfallverletzte erzuhrt, die eine Rente erstreben, weil sie eine Verschadigung ihres Körpers erlitten, ohne daß schwerwiegende, das Wohlbefinden und die Arbeitsfähigkeit erheblich handende Folgen nachwizen. Solche Enttausung ist insbesondere dann beklagenswert, wenn man nicht grundtuschlich und entschieden das arbeitslose Einkommen der Dividendenstandler bekämpft. Jeder Unfallverletzte hat Opfer gebracht im Dienste des Allgemeininteresses. Kein gleiches Verdienst stützt die Ansprüche der Aktionäre. Der Kampf Bernhards gegen die Sozialpolitik läuft aber darauf hinaus, auf Kosten des Unfallverletzten die Renten jener für die Produktion uberschlufigen und nutzlosen Elemente zu steigern.

Daß die nervösen Erkrankungen Unfallverletzte im Zunehmen begriffen sind, ist eine Tatsache, für welche Bernhards Schrift nicht die wesentlichen Bestimmungsmerkmale herausstellt. Neben den rein objektiven Ursachen, die in der Veränderung der Arbeitsmethoden und der gesteigerten Intensität der Arbeit beruhen, kommt ein Moment subjektiver Natur in Betracht, daß die Veruensgenossenchaften verschluben. Es war von jeher ihr Bestreben, Unfallverletzte vom Rentengenu auszuschließen, mindestens die Renten sehr niedrig zu halten. Daß steigerte naturgemäß die Sorge Unfallverletzte, erhöhte ihre Reizbarkeit und die Empfänglichkeit für suggestiven Einflüsse. Je mehr die Unternehmer die Rentenquerhure ausbauten, systematisierten und mit Hilfe von Vertrauensärzten

unbedingtes durchführen, mußten auch die nachteiligen Folgen bei den Unfallverletzten schärfer in die Erscheinung treten. Der Schaden der Rentenquerhure ward der beste Nahrungsboden für „feelische Infektion“, „traumatische Neurosen“ — „Rentenhyfterie“. Diese naheliegende Tatsache, sowie die der ganz allgemein gesteigerten Empfänglichkeit für nervöse Erkrankungen, wovon ganz naturgemäß Unfallverletzte nicht ausgenommen sind, würdigte Professor Bernhardt gar nicht. Die Schriften von Kräfte, die dies darlegen, kennt er wohl nicht. In die Tendenz seiner Schrift pasen sie allerdings nicht hinein. Er folgt lediglich jenen fanatischen, durch Scharfmacherhege und Regierungulase grogezogenen Simulationsradlern, die es gar fertig gebracht haben, Personen einen Tag vor ihrem insolge infolge Invalditat eingetretenen Tode für wahrd erwerbsfähig zu schreiben.

Bernhards Reformvorschläge sind, zum Teil wenigstens, sehr geeignet, das Nibel zu verkleinern, nämlich, die Unfallverletzte noch mehr in Angst, Sorge und Unruhe zu versetzen und dadurch bedeutende physische Radiowirkungen auszulösen. Er fordert die Aufhebung der Kostenlosigkeit des Verfahrens in Unfallrentenfachen. Angeblich ist sogar die Sozialdemokratie mit der Einführung von Gebühren einverstanden. Bernhardt beruft sich dafür auf den Abg. Hoch, der am 21. März 1912 im Reichstages erklärt habe: „Wir haben sogar zugestanden, daß den Arbeitern die Kosten für das Gutachten (des vom Arbeiter bezeichneter Kräfte) dann auferlegt werden können, wenn die Behörde der Meinung ist, das Gutachten werde nicht nötig sein.“ Professor Bernhardt berichtigt dabei einen wesentlichen Umstand. Hochs Erklärung ist keine grundsätzliche Erklärung für die Einführung von Gebühren, sein Zugeständnis sollte Unfallverletzten nur ermöglichen, ihre Ansprüche überhaupt durch das Gutachten eines unparteiischen, von ihnen erwählten Arztes stützen zu können. Die Einführung von Gebühren für das ganze Verfahren würde den Verletzten die Geltendmachung von Ansprüchen sehr erschweren; sie sollen ja auch abspredend wirken. Weiter befürwortet Bernhardt die planmäßige Einführung der Kapitalabfindung an Stelle dauernder Renten. Die Kapitalabfindung soll geradezu als Gefundungsbeitrag wirken. Wenn man dem Verfasser glauben dürfte, dann wären die meisten Unfallverletzten in dem Augenblicke, in dem sie eine Kapitalabfindung in der Tasche hätten, von allen Unfallfolgen plötzlich und grundtuschlich geheilt. Im besten Fälle diese Medizin den Unternehmern bekommen; sie erspart ihnen Unfallkosten.

In denjenigen Kreisen, die, ohne einzelne Schäden als fast unabweisliche Begleiterscheinungen zu übersehen, die Verhältnisse mit nachternen Blicken und sozialem Verstandnis überblicken, wird Professor Bernhardt mit seinen Bestrebungen wenig Gegenliebe finden. Er muß sich schon mit dem Weisfall derer begnügen, die alles durch Scharfmacherbrillen anschauen. Der Vorzug der Schrift ist ihre unverkennbare Einseitigkeit, die ihr allzu scharf den tendenziellen Stempel aufdrückt. Wäre, was Bernhardt schreibt, „Wissenschaft“, so wäre die „Wissenschaft“ eine gefällige Dichtung für Kapitalinteressen. Es ist auf dem literarischen Markt selten oder vielleicht nie eine Schrift erschienen, die mit mehr Voreingenommenheit mit den tatsächlichen Verhältnissen Schindluder treibt als die Bernhardtische.

Konferenz der Schiffsmaschinisten und Heizer.

Am Sonntag trat im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz zusammen, die der Verband der Maschinisten und Heizer für seine in der Binnenwasserfahrt auf der Elbe, der Oder und den märkischen Wasserstraßen beschäftigten Mitglieder einberufen hatte. Die Konferenz war von 40 Delegierten sowie von Vertretern des Hauptverbandes und der Gauleitung besetzt.

Nach Eröffnung der Konferenz erstattete Gauleiter Dhrzlich den

Jahresbericht.

Er bezeichnede den Fortschritt, den die Organisation im Jahre 1912 gemacht hat, als einen sehr erfreulichen. Es hat sich ein reges Organisationsleben in allen Gebieten der Schiffahrt entfaltet. Die Mitgliedschaft hat nicht nur in ihren alten Gebieten zugenommen, sondern sie hat auch in Betrieben Fuß gefaßt, die ihr sonst verschlossen waren. Die Mitgliederzahl betrug am Schluf des Jahres 1911 2120, Ende 1912 waren es 2540. Das ist eine Zunahme von 420 Mitgliedern. Neu aufgenommen wurden im Gebiet der Elbe, Saale und Havel 389, der Oder und Warthe 571, der Kanalwasserfahrt 149, zusammen 1109 Aufnahmen, denen ein Abgang von 688 gegenubersteht. Es ist also noch eine erhebliche Fluktuation zu verzeichnen, doch ist sie nicht mehr so groß wie früher. — Das System der Vertrauensmänner hat sich gut bewährt. Ohne daselbe hätten die Funktionäre ihre Arbeiten nicht in dem Umfange erledigen können, wie es geschehen ist. Die Agitationsarbeit war eine sehr rege. Es wurden 208 Versammlungen abgehalten, und zwar 38 im Gebiet der Elbe, 145 an der Oder und im Stettiner Hafen, 14 an den märkischen Wasserstraßen, 6 an der Warthe. Mehrere Lohnbewegungen wurden geführt. Die bedeutendste war im Stettiner Hafen, wo es zum erstenmal gelang, einen erfolgreichen Vorstoß zu machen. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den Reedereien. Im ganzen wurden im Laufe des Jahres 8 Tarifverträge abgeschlossen. 672 Agitationsproschuren und 32 000 Flugblätter wurden verbreitet, von denen die meisten die Lohnbewegung im Stettiner Hafen und die im November eingeleitete allgemeine Lohnbewegung betrafen. — Der Kassenbericht zeigt gleichfalls ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen betragen 49 920,39 M., die Ausgaben 47 217,85 M., der Bestand am Jahreschluf 2702,54 M. Das Vermögen der Kasse beläuft sich auf 10 968,99 M. Für Unterstutzungszwecke wurden ausgegeben an Arbeitslose 3563 M., an Kranke 2595 M., bei Sterbefällen 395 M., an Streifen 409 M., an Ausgosperrte 296 M., an Gewahrgelte 96 M., für Umziehende 513 M., für Rechtschutz 1454 M. — Ein Zeichen für den geistigen Fortschritt der Mitglieder ist die rege Benutzung der Bibliothek, namentlich die immer größer werdende Nachfrage nach Werken der Nationalonomie, Geschichte, Naturkunde usw.

Am Schluf seines Berichts ging der Redner auf die Differenzen ein, welche zwischen dem Verbands der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverbande bestehen. Im November habe der Transportarbeiterverband eine Reichskonferenz seiner Binnenwasserfahrter nach Hamburg einberufen. Die Tagesordnung sei auch für die Maschinisten und Heizer sehr wichtig gewesen. Trotzdem sei der Verband der Maschinisten und Heizer zu der Konferenz nicht eingeladen worden. Diese Unterlassung habe der Verband der Maschinisten und Heizer als einen Bruch des zwischen beiden Verbänden bestehenden Kartellverhaltnisses angesehen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Transportarbeiterverbande nicht mehr möglich sei. Das Verhalten des Transportarbeiterverbandes erkläre sich dadurch, daß er den Verband der Maschinisten und Heizer nicht für existenzbedinglich halte. Der Transportarbeiterverband beanspruche alle in der Binnenwasserfahrt Beschäftigten für sich. Demgegenuber müsse betont werden, daß der Verband der Maschinisten und Heizer nicht nur existenzbedinglich, sondern notwendig sei. Es sei ausgeschlossen, daß der Transportarbeiterverband die Interessen des Maschinenpersonals in wünschenswerter Weise vertreten könne. Der Verband der Maschinisten und Heizer befinde sich in stärker Vorwärtsentwicklung, er lae keinen Grund, sich mit dem Transportarbeiterverbande zu verschmelzen. Die Mehrheit unserer Mitglieder fühlt sich in unserer Organisation ubersaus wohl. (Sehr richtig!) Sollte der Kampf in der beiderseitigen Presse weitere Kreise ziehen und der Transportarbeiterverband mit Unversandlichkeit gegen den Verband der Maschinisten und Heizer auftreten, so kann ich, sagte der Redner, erklären: Wenn der Transportarbeiterverband in der Lage ist, uns 10 Mitglieder abzunehmen,

so können wir ihm 100 Mitglieder abnehmen. Die Wünsche, die der Transportarbeiterverband uns gegenuber hat, werden sich nicht erfüllen. (Weisfall.)

Die

Diskussion

über den Geschäftsbericht beschaftigte sich vorwiegend mit Einzelheiten geschäftlicher und ärztlicher Natur. Hinsichtlich des Konflikts mit dem Transportarbeiterverband stellten sich alle Redner auf den vom Referenten vertretenen Standpunkt.

Scheffel vom Hauptverband sagte, er bedauere das gesprochene Verhältnis zwischen beiden Verbänden, aber die Maschinisten und Heizer könnten von ihrem Standpunkt nicht abgeben. Es heiße, sie seien schuld am dem Konflikt, denn sie hätten eine Aussprache der beiderseitigen Vorstände über den Gegenstand des Konflikts abgelehnt. Dies sei zwar richtig, es habe aber guten Grund. Solche Tage vor der angelegten Sitzung der beiden Vorstände habe das Organ des Transportarbeiterverbandes „Der Seemann“ so scharfe Angriffe gegen den Verband der Maschinisten und Heizer gebracht, daß diese sagten, jetzt habe die Sitzung keinen Wert mehr. So behauerlich der Konflikt auch sei, jetzt mugten sich die Maschinisten und Heizer ihrer Haut wehren, was ihr gutes Recht sei. In dem Transportarbeiterverband warden sie sich nicht hunbergelassen lassen. Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Verbänden könne es nicht geben, denn die Grenze sei ganz scharf gezogen: lieber Tod der Transportarbeiterverband, unter Deck der Verband der Maschinisten und Heizer. (Weisfall.)

Die allgemeine Lohnbewegung im Gebiet der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen

bildete den Gegenstand, mit dem sich die Nachmittagsagung der Konferenz beschaftigte. Es handelt sich um die Bewegung, welche gemeinsam vom Verband der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverband geführt wird. Die Verhandlungen, welche beide Verbände wegen ihrer Forderungen mit dem Arbeitgeberverband für Binnenwasserfahrter führten, zeitigten am 29. Dezember eine Erklärung des Arbeitgeberverbandes, wodurch er sich bereit erklärt, die bestehenden Vereinbarungen auf drei Jahre zu verlängern unter folgenden Bedingungen: Die Löhne werden um 5 Mark pro Monat erhöht. Es wird eine paritätische Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt, die statistische Erhebungen über die Beschäftigungs- und Ruhezeiten während der Fahrt der Schiffe machen soll. Diese Erhebungen sollen während des ganzen Jahres 1913 gemacht werden. Auf Grund derselben soll Ende 1913 eine feste, den Betriebsverhältnissen der einzelnen Stromgebiete angepaßte Regelung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Sollte die Kommission schon früher feststellen, daß Mifstande allgemein vorhanden sind, so wollen die betreffenden Arbeitgeber sofort Abhilfe schaffen. Die Arbeitgeber sind bereit, die Wünsche bezuglich der Ueberstunden, Reisevergutung und Unfallversicherung gruppenweise zu regeln.

Die Antwort auf diese Erklärung wollte der Arbeitgeberverband bis zum 15. Januar haben. Der Transportarbeiterverband hat am 13. und 14. Januar zu dieser Erklärung Stellung genommen.

Dhrzlich gab einen sehr eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Maschinisten und Heizer hätten nicht früher zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen können und deshalb gleich gesagt, daß er seine Antwort erst am 28. Januar geben könne. In Unternehmertreuen habe man behauptet, daß sei eine Verschleppungspolitik. Da am 15. Januar noch keine Erklärung der Maschinisten und Heizer vorlag, so hat das Maschinenpersonal in den Großbetrieben der Schiffahrt die Klandigung erhalten. Auf der Oder hat die Firma Casar Wolk sie an alle ihre Maschinisten und Heizer die Frage gerichtet, ob sie mitreisen warden, wenn es zum Streik käme. Alle Kollegen haben einstimmig mit „Ja“ geantwortet. — Der Redner ersuchte die Konferenz, zu den Vorschlägen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Die Konferenz habe das letzte Wort zu sprechen.

In der sehr ausgebreiteten Diskussion trugen Redner aus allen Gebieten ihre Wünsche über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses vor. Was die Erklärung der Unternehmer bietet, wurde allgemein als ungenugend bezeichnet. Vor allem wurde betont, daß an der Forderung der Nacht- und Sonntagsruhe festgehalten werden müsse.

Nach mehrstündiger Aussprache beendete Scheffel vom Hauptverband die Situation nach allen Richtungen. Er wies darauf hin, daß sich der Transportarbeiterverband durch die Resolution seiner Schiffskonferenz seinen Mitgliedern, den Unternehmern und der Öffentlichkeit gegenuber festgelegt habe. Davon könne und werde er nicht zurückgehen. Der Transportarbeiterverband habe bis jetzt immer erklärt, die Nacht- und Sonntagsruhe sei das Kampfobjekt. In seiner Resolution erkläre er sich zwar noch dafür, aber er habe doch der Erklärung der Unternehmer zugestimmt, welche die Nacht- und Sonntagsruhe nicht bewilligt. Der Transportarbeiterverband habe durch den Beschluß seiner Schiffskonferenz seinen früheren Standpunkt verlassen ohne dabur mit den Maschinisten und Heizern zu sprechen. Durch diesen Beschluß sei die Situation sehr erschwert worden. Die Durchführung der Nacht- und Sonntagsruhe würde schon schwer sein, wenn beide Organisationen gemeinsam dafür kämpfen. Nachdem der Transportarbeiterverband durch seinen Beschluß bekundet habe, daß er den Kampf nicht wolle, könne der Verband der Maschinisten und Heizer die Verantwortung nicht auf sich nehmen, allein den Kampf aufzunehmen, den der Transportarbeiterverband vermeiden wolle. Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die ganze Situation empfahl Scheffel Leiffage, die bei den weiteren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband maßgebend sein sollten.

Nach einer weiteren Debatte, die erst um 1/10 Uhr abends endete, wurden die Beschlüsse mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Der Vorsitzende stellte fest, daß die beiden Delegierten nur deshalb dagegen stimmten, weil ihnen die Beschlüsse nicht weit genug gehen.

Die angenommenen Leiffage lauten:

Das Angebot der Arbeitgeber vom 29. Dezember 1912 bedeutet zwar eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse, kann aber als ausreichend nicht betrachtet werden. Der Einführung einer paritätischen Kommission zwecks Vornahme statistischer Erhebungen und Begutachtung über die Dauer der täglichen Arbeitszeit ist zuzustimmen. Es soll anerkannt werden, daß sich die Arbeitgeber bereit erklärt haben, Mifstande allgemeiner Art auf Grund der Feststellungen sofort zu beseitigen. Es ist jedoch unmöglich, eine langfristige Vereinbarung abzuschließen ohne Garantie dafür, daß die schneidlich erwartete nachtlige Ruhepause eintritt. Die Gewährung der Nachruhe ist dringend erforderlich. Sie kann aber unter Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Wasserstraßen als Nebenrangstadium bis auf 5 Stunden reduziert werden. Die Nachruhe muß eine ununterbrochene sein und ist an Dampfer und Kanndampfer gebunden. — Die in Aussicht gestellte Lohnenerhohtung von 5 M. monatlich ist unzureichend. Die Beratung über die Lohnfrage, Regelung des Ueberstundenwesens, Reisevergutung und die übrigen Wünsche des Maschinenpersonals sind am besten gruppenweise zu regeln.

In der Sitzung am Montag wurde zunächst die Arbeitsnachweisfrage

behandelt. Aus dem Referat, welches Kuhlmann-Hamburg erstattete, ist zu entnehmen, daß der Arbeitgeberverband für die Binnenwasserfahrt im Jahre 1908 einen Arbeitsnachweis in Hamburg mit Stellenstellen an anderen Schiffahrtsplatzen erklärt hat. Dieser Arbeitsnachweis hat aber eine erhebliche Bedeutung bis jetzt nicht erlangt. In der Hauptsache kommt für das Personal der Binnenwasserfahrt die private Arbeitsvermittlung in Frage und

*) Berlin, Verlag von Julius Springer, 1912. 1,00 M.

das Arbeitsuchen in Gastwirtschaften, wo Arbeitgeber und Schiffsführer verkehren. In mehreren Orten an der Oder besteht das unwürdige System der Schiffermärkte. Das arbeitslose Schiffpersonal findet sich dort in bestimmten Gastwirtschaften ein, wo die Arbeitgeber erscheinen, um sich das benötigte Personal auszusuchen. Allen diesen unwürdigen Zuständen in der Arbeitsvermittlung ein Ende zu machen durch Errichtung eigener Arbeitsnachweise ist das Bestreben des Verbandes. Einen dahingehenden Auftrag hat die vorige Konferenz der Gauleitung erteilt. Die Gauleitung ist dem dadurch nachgekommen, daß sie in Stellvertretung einen Arbeitsnachweis errichtet hat, der gut floriert. Vorarbeiten zur Errichtung weiterer Arbeitsnachweise sind gemacht. Die Arbeitsnachweisefrage kann aber nur dann befriedigend gelöst werden, wenn es sich die Kollegen zur Pflicht machen, zum Arbeitsuchen nicht mehr in die Gastwirtschaften und zu den privaten Vermittlern zu gehen, sondern nur den Arbeitsnachweis der Organisation zu benutzen.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion, in der die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeitsvermittlung an Beispielen aus dem Leben beleuchtet wurden.

Hierauf beschäftigte sich die Konferenz mit der Beratung der eingegangenen Anträge, von denen die folgenden angenommen wurden: Das schon einmal erschienene Agitationsblatt ist nach Bedarf, jedenfalls aber nach Schluß eines jeden Vierteljahres herauszugeben. — Ein Statutenantrag für die Mitgliedschaft Elbe-Ober-Havel-Schiffahrt soll herausgegeben werden. — Arbeitsnachweise sind baldmöglichst ins Leben zu rufen und hat jedes Mitglied jährlich eine Arbeitsnachweismarke zu 75 Pf. zu haben.

Stein-Glogau wurde einstimmig als Angestellter im Gau-bureau gewählt. Die Wahl des Mitgliedschaftsvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitz: Berlin, Krebs-Dresden, Präh-Schönfließ, Pafsch-Bernburg, Kurred-Oblau, Nordstein-Breslau, Schulz-Breslau, Krahn-Wolfsdorf, Peltz-Pöddichow, Stähle-Tschirzig, Paup-Hamburg, Kuhlmann-Hamburg, Gansmar-Hamburg, Richter-Magdeburg, Starck-Brandenburg.

Im Anschluß an ein von Krebs-Dresden erstattetes Referat über Rechtschutz entstand eine Aussprache über einige Fälle, in denen der Verband Rechtschutz gewährt hat.

Damit war die Tagesordnung erledigt. In einem Rückblick auf den zur Lobbewegung gefahrenen Beschluß betonten Gauleiter Dr. H. und Verbandsvorsitzender Schöffel, daß die Lohnkommission, gestützt auf den Beschluß der Konferenz, die Interessen der Kollegen mit besten Kräften vertreten und so viel wie irgend möglich herauszuholen werde. Es gelte jetzt, die Bewegung zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Aus aller Welt.

Erstklassige Börsengänger.

Der alte Börsentrick, faule Gründungen durch feindliche Klänge Namen zu verdrängen, ist wieder einmal mit bestem Erfolge gelöst worden. Vor einiger Zeit wurde in Paris mit dem gehörigen Tamtam eine spanische landwirtschaftliche Hypothekbank gegründet. Das Geld derer, die nie alle werden, floß in breitem Strome in die Kassen der Bank — bis eines Tages zahlreiche Leihtragende die Verwaltungsgeschäfte der Bank wegen Betruges anzeigen. Die Untersuchung hat, wie der „Matin“ meldet, ergeben, daß von den Gründern dieser Bank verschiedene betrügerische Machenschaften verübt und durch die Ausgabe von heute wertlosen Obligationen französische Kapitalisten um mehrere Millionen gebracht wurden. Unter den von dem Untersuchungsrichter beschuldigten Verwaltungsräten befinden sich mehrere hervorragende spanische und französische Persönlichkeiten, so der ehemalige spanische Senator Carracosa, der Konsul

des Versailler Schlosses de Rosnac, Graf de Chambray und der Bankier Pequegnot. Präsident des Verwaltungsrates war bis zur Ausgabe der Obligationen der spanische Vizekonsul in Paris, Perez Caballero, gegen den jedoch wegen seiner extraterritorialen Stellung eine gerichtliche Untersuchung nicht eingeleitet werden konnte.

Ein freibarer General.

Auch New York hat jetzt seine Dounsditch-Affäre, die dort großes Aufsehen erregt. Der in der New Yorker Gesellschaft sehr bekannte General Sides steht unter dem Verdacht, Staatsgelder veruntreut zu haben und es war daher seitens der New Yorker Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Als der General davon Kenntnis erhielt, betarradierte er sich in seinem in der 5. Avenue gelegenen Hause und erklärte der Polizei, daß er ein unberechtigtes Eindringen in sein Haus nicht gestatten werde. Sollte die Polizei es dennoch wagen, sich mit Gewalt Einlaß zu verschaffen, so werde er nicht zögern, von seinen Waffen Gebrauch zu machen. Nur über seine Leiche führe der Weg in sein Haus. Der General bewaffnete alle Bedienten, die ihm treu ergeben sind und verproviantierte sich mit großen Mengen Lebensmitteln, so daß die Polizei, die das Gebäude augenblicklich belagert, diese Belagerung wohl noch einige Tage wird fortsetzen müssen. Bisher konnte sie sich nämlich noch nicht entschließen, sich gewalttätig den Weg in das Haus zu bahnen; sie will vielmehr versuchen, den General auf glütlichem Wege zum Nachgeben zu veranlassen.

Katastrophe auf der New Yorker Hochbahn.

Ein schweres Unglück hat sich unweit der dritten Avenue auf der New Yorker Hochbahn ereignet. Dort stießen zweizüge aufeinander, wobei durch den entstehenden Kurzschluß mehrere Wagen in Brand gerieten. Etwa 20 Passagiere wurden hierbei schwer verletzt. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und brachte die erste Hilfe. Die Passagiere ließen sich in wilder Aufregung an den Pfeilern der Hochbahn hinunter. Die Reiter hatten Mühe, die in wilder Panik flüchtenden Frauen und Kinder vor weiterem Unheil zu bewahren. Eine Frau wurde wahnsinnig, zwei andere Personen konnten nur noch als verkohlte Leichen aus dem brennenden Wagen herausgezogen werden.

Der Löw' ist los!

In einem Theater der Pariser Vorstadt Belleville wurde Sonnabendabend eine Pantomime gespielt, in deren Schlußszene ein Löwe hinter einem Gitter vorgeführt werden sollte. Infolge eines Verfehlers des Maschinenisten erschien der Löwe jedoch außerhalb des Gitters. Unter der dicht gedrängten Zuschauermenge entstand eine Panik, und alles stürzte dem Ausgange zu. Der Löwe, den das Geschrei erschreckte, sprang in eine Prozessionsloge und von dort in das anstehende Direktionszimmer. Von hier wurde er durch den Tierbändiger in den Käfig zurückgetrieben. Mehrere Frauen und Kinder erlitten im Gedränge Verletzungen.

Eine Zentrumsäule gebrochen.

Der frühere Inhaber des katholischen Gesellenhauses in Essen-Rüttenscheid, Gastwirt Ferdinand Grob, hat in Verbindung mit einem Oberfaktor der Expeditionsfirma Van Eupen eine Umzengung Gitter aus dem Bahnhofsgeleise der vorgenannten Firma an sich gebracht. Die Spitzbühnen wurden ganz planmäßig betrieben und verteilten sich über

einen längeren Zeitraum. Gestohlen wurden ganze Kisten Zigarren, Branntwein, Stoffe, ganze Rollen Leder, Butter, Fleisch, Geflügel usw.; ja sogar ein Klavier, eine Zimmereinrichtung und ein Eisfrigor. Den größten Teil der Sachen hat Grob erhalten. Den Mann hat seine Frömmigkeit nicht gehindert, die Fehderer im Großen zu betreiben. Er ist in Essen als frummer Kämpfer gegen den Umsturz stadtbekannt und gehört vielen katholischen Vereinen an. Das Gericht schickte den frommen Gomer wegen gemeinsamer Fehderer auf 1 Jahr 1 Monat ins Luchthaus und verfügte seine sofortige Verhaftung. Sein Komplize erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Betrügereien eines Mönches.

Große Aufregung hat in Florenz die Verhaftung des dort sehr bekannten Paters Alessio Bellanti vom Heiligen-Geist-Kloster hervorgerufen. Der Verhaftete ist inzwischen überführt worden, zwei Votivbilder, die der Kirche des Klosters gehören, heimlich verkauft zu haben. Es handelt sich um zwei Madonnenbilder, die man anfangs dem Rosellini und Jacopo della Quercia zuschrieb, von denen aber jetzt die Sachverständigen sagen, daß sie nur der Schule dieser beiden Meister entstammen. Demgemäß ist auch der Wert der gestohlenen Kunstwerke, den man erst auf eine halbe Million Lire bezuscherte, ganz wesentlich geringer. Der biedere Mönch verkaufte beide Kunstwerke für zusammen 2000 Lire an einen Tischler, dem er eine Erklärung gab, daß die Objekte sein freies Eigentum seien. Durch dieses Schriftstück wurde seine Schuld außer Zweifel gestellt. Der Tischler soll in gutem Glauben gehandelt haben und ist bereits in Freiheit gerückt worden. Die Votivbilder hat er für 15000 Lire einem Antiquar verkauft, in dessen Besitz die eine Madonna beschlagnahmt wurde; die andere will er an einen Fremden verkauft haben.

Kleine Notizen.

Eisenbahnunglück. Wie aus Gamaeln gemeldet wird, entgleiste am Sonnabendabend in der Nähe der Station Zielmüssen ein Personenzug der Kleinbahn. Der Zugführer kam in dem bei dem Unglück den Tod, fünf Reisende erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Reisbauern in Warschau. Durch den Einsturz einer Wand der im Bau befindlichen öffentlichen Bibliothek in Warschau sind am Sonntag mehrere Menschen ums Leben gekommen. Bisher wurden fünf Tote geborgen.

Dammbruch am Mississippi. Etwa 100 englische Meilen von Vicksburg entfernt ist am östlichen Ufer des Mississippi ein Schuydam in einer Länge von 200 Fuß geborsten. Die Wasserfluten überschwemmten eine Fläche von etwa 1000 Quadratmeilen und vernichteten die Saatbestände. Hunderte von Familien flüchteten an höher gelegene Plätze. Menschenleben hat die Flut bisher nicht gefordert.

Schwerer Grabenunfall. Im Egmontschacht der Schießschießen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg verunglückte Montag morgen bei der Einfahrt der Frähschicht durch zu schnelles Aufsetzen des Förderkörbes einige Bergleute. Drei Mann wurden schwer verletzt in das Waldenbursche Knappschafslazarett übergeführt.

Dynamitattentat auf der Pariser Untergrundbahn. Auf der im Bau befindlichen unterirdischen Strecke Invalidenplatz der Nord-süd-Stadtbahn ereignete sich eine in böswilliger Absicht durch eine Sprengmine herbeigeführte Explosion. Ein großer Teil der fast fertiggestellten Tunnelarbeiten wurde zerstört. Wäre die Sprengpatrone nur einen Meter weiter vom Fundort der Spurengänge geblieben, so wäre die Gasleitung nächst dem großen Magazin von Bonmarché explodiert und es wäre eine Katastrophe von ungeheurem Umfang erfolgt. Der Straßenkörper des Bonmarché wurde schwer beschädigt.

Fliegerunglück. Bei einem Probeflug auf dem Flugplatz Brandersbad bei Kachen stürzte der Flieger Robert Belg aus Johannisthal aus zehn Meter Höhe ab und war sofort tot.

Das bedeutsamste Buch unserer Zeit!

Norman Angell

Die falsche Rechnung

(Was bringt der Krieg ein?)

Preis: Gebunden 1.25 Mark

Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg

Die hervorragendsten Kritiker erklären, daß dieses Buch eine Revolution der Weltpolitik bedeutet.

Es beweist folgendes:

1. Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der letzten 40 Jahre hat einen neuen Zustand des Finanzwesens der ganzen Welt herbeigeführt: einen gleichzeitigen und gleichmäßig abgestimmten Bankzinsfuß, und Börsen, die in den großen Wirtschaftszentren der Welt sofort auf jedes Ereignis reagieren.
2. Infolge dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit ist es für eine große Nation unmöglich geworden, eine andere zu schädigen, ohne selbst dadurch zu leiden.
3. Kriegserische Mittel können zwischen großen Nationen nicht mehr in gleicher Weise wie in vergangenen Zeiten benutzt werden: Es gibt keine Konfiskation mehr; die Kente der Staatspapiere steht in den kleinen Staaten höher als in den großen.
4. Auch unsere Industrie ist abhängig vom Kredit Europas.
5. Der auswärtige Handel ist ebenso auf inländischem, wie auf ausländischem (französischem und englischem) Erbe aufgebaut.
6. Diese Erwägungen zwingen zum wohlwollenden Verständnis und zur geschäftsmäßigen Zusammenarbeit aller Nationen.

Zu haben in allen Buchhandlungen!

Was die Presse sagt:

Deutschland: England:

„Kölnische Zeitung“.

Der Leser wird zugeben, daß hier die Friedensfrage in neuer und gründlicher einleuchtender Weise behandelt ist. Der Kernpunkt, von dem die Entwicklung ausgeht, die dem Kriege entgegenwirken muß, nämlich die internationale Verknüpfung des Handels, ist in der einschlägigen Literatur bisher so klar noch nicht betrachtet worden. Es ist erfrischend zu lesen, wie in dieser unternehmenden, praktischen Weise darauf hingewiesen wird, daß es mehr die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit zuzunehmen, der Krieg, als eine rein geschäftliche Spekulation, notwendigweise mehr und mehr unprofitabel wird.

„Der Tag“, Berlin.

Diese Erkenntnis, die auf unabweisbar richtigen ökonomischen Erwägungen beruht, muß, das ist die Absicht des Buches, in die Gehirne der Zeitgenossen eingeschmeißelt werden. Zu dem Zweck unternimmt es der Verfasser, die der sehr notwendigen Aufklärung entgegenstehenden Empfindungen, Vorstellungen und Gedanken kritisch zu untersuchen. Es ist eine Art von logischer Deduktion des Chauvinismus, dem die größten Widersprüche und Trugschlüsse erdummungslos nachgemischt werden. Er ist im übrigen ein außerordentlich tüchtiger Nationalökonom u. Soziologe.

Frankreich:

„La Dépêche de Toulouse“.

In diesem Augenblick, wo in Europa gefährliche Wolkenszüge aufziehen, erwecken die von Mr. Norman Angell mit einer eindringlichen Kühnheit verteidigten Gedankengänge ein lebhaftes Interesse. Inzwischen, während schon jemand wegen zu beschönigter Aussagen zu verurteilen nicht aus einem vorgebrachten nicht aus einem, vor sehr feiner Sommergerichte Kritik auf die Entschuldigungen der Regierung ausüben? Selbst die Kriegsschuldigen unter ihnen sind zurzeit mindestens im Zweifel über die aus dem großen europäischen Krieg zu erlangenden Vorteile. Im letzten Augenblick läßt sich die Stimme der besonnenen Finanzwissenschaftler hören: „Wagt, den Kredit wiederherzustellen!“ ruft sie — und man laßt verständig ein.

„The Daily Mail“.

Kein Buch hat in diesem Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit erregt und angeregt als die falsche Rechnung. Eine solche unbedeutende Verfallens hat sich daselbst allmählich seinen Weg bis zu den vorersten Reihen gebahnt. Das Werk ist in einer bedeutsamen Rolle gelangt in den gegenwärtigen Erörterungen über Kämpfe und Schiedsgerichte.

„Daily Chronicle“.

Mr. Angell wagt alle auf richtigen Leser zu einer vollständigen Revision der alten Begriffe in Bezug auf die ganze Kriegsfrage. Die falsche Rechnung ist in der Tat eine sehr wertvolle Halbtroune-Ausgabe — die preiswerteste unserer Zeit in Europa.

„Edinburgh Review“.

Mr. Angell's Grundgedanke kann nicht bestritten werden, und wenn die Tatsachen vollständig begriffen sind, wird es in baldiger Diplomatie zu einer gründlichen Umwälzung kommen, als diejenige von 1756.

Amerika:

„The Evening Post“, Chicago, 17. Febr. 1911 (Mr. Floyd Tol):

Wenn man das Buch gelesen hat, sieht man nicht bloß seine Wichtigkeit betrieblig; man ist betört und entzückt. Es ist nicht, wie man erwarten sollte, ein trübseliger Ausdruck irgendwahr bekannter Einwände gegen den Krieg. Es ist vielmehr — es erscheint vielmehr als eine neue Denkleistung, ein revolutionäres Werk von hervorragender Bedeutung, eine vollständige Wägung der konventionellen Ansichten über Weltpolitik — eine Leistung, die an die epochenmachende „Entdeckung der Arten“ auf dem Gebiete der Biologie gemahnt.

„Everybody's Magazine“, May 1911.

Mr. Angell's Geist gleicht einer scharfen Klinge, aber er handhabt sie wie ein Wissenschaftler, nicht wie ein Kreuzfahrer. Er hält keine Dredge, sondern er beleuchtet. Sein Buch ist keine Anpölsel, sondern eine Beweisführung.

Um was handelt es sich?

Das Buch will den Beweis erbringen, daß heute in einer Welt, die von den unermesslichen Zusammenhängen eines internationalen Arbeiter- und Kapitalmarktes regiert wird, der Militarismus unferbar werden mußte. Denn heutzutage werden Vermögensschwankungen dadurch hervorgerufen, daß die Resultate auf der einen Seite des Globus sofort zur Kenntnis der andern gelangen. Wie leben also in einer Epoche der Weltentwicklung, wo das vielverwundete System einer Weltwirtschaft nicht zu durchbrechen ist. Die Ueberlegenheit einer Nation hängt nicht länger von ihrer militärischen Oberhoheit ab, und wehe demjenigen, die eine andere durch kriegerische Gewalt in ihrer ruhigen, wirtschaftlichen Entwicklung stört. Die Wunden spüren müssen, die sie einer anderen schlag, so unheilbar sind heute die Wechselwirkungen der welt-politischen Zusammenhänge.

Tyloßbrönn-Floßfabrik
 sind überall anfallig
 Gehen Sie ohne Halbbrönn
 „Tyloßbrönn“
 Ein Qualität ist fürwahrorgand?

Stoße Firma vergibt auf Teilzahlung!
 Ohne Anzahlung! Keine Rasterer!
 Teppiche, Portieren, Gardinen,
 Stores und alle Arten Beden.
 Offerte erbeten unter **K. 100**.
 Vorwärts-Preibition, Adlerstr. 174.

Blumen- und Kranzbinderei
 von **Robert Meyer**,
 Inh.: P. Golletz
 Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.



Inventur-Extra-Verkauf!
 1 Posten reich-gestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant**
 a 335 485 (bisher 7 bis 10 Mk.)
Erbstüll-Stores mit Volant
 a 335 475 (bisher 6 bis 9 Mk.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Räumungs-Extraliste
 (enorm billiger Angebote)
 gratis und franko.

Ausgabefrei von Frau Kolofitz
 Schlahtenzer, Kurfürste 8 III.

Dr. med. Rud. Weil's
Nährsalz-Bananen-Kakao
 Ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Verdauungsstörungen. Angenehmstes Frühstücksgetränk für Gesunde und Kranke. Paket = 1/2 Pfund 1.- M., 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9.- M. Prosekt gratis u. franco.
 Zu haben in Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwarengeschäften oder direkt vom alleinigen Fabrikanten:
D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 86.
 Verlangen Sie aber ausdrücklich Dr. Rud. Weils, weil der beste.
 Ausführliche, erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche Nahrungsmittel, Kräftigungsmittel und Getränke für Kranke und Gesunde, Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.

Theater.
 Dienstag, 28. Januar 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Reg. Opernhaus. Keryra.
Reg. Schauspielhaus. Die glückliche Hand.
 Deutsches. Der blasse Vogel.
 Firtus Busch. Gala-Vorstellung.
 Firtus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
 Königgrätzer Straße. Brand.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).
Deutsches Opernhaus. Ueländ.
Kurfürstentor. Der Rubezahl.
Trianon. Wenn Frauen reifen.
Theater am Hollendorfsplatz. Die Studentengrätin.
 Festung. Das Prinzip.
 Kammerdiener. Alrb.
Gros-Verlin. Das Fräulein.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Himmelskinder.
Montis Operetten-Theater. Der heilige Antonius.
Kleines. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Pulka. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Rombirand. Die Generalin.
Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Schiller O. Die Schmetterlingsnacht.
Schiller (Charlottenburg). Uriel Acosta.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Nipola. Früher sein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schufteana.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Lustspielhaus. Nejoita.
Geier. Wild. Schauspielhaus. Der Baumgast.
Walhalla. Goldener Leuchtturm.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Fellen.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Sissalott: Akt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Balthasar-Theater.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.
Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater des Westens.
 Wiedereröffnung Sonnabend, 1. Febr.
 Zum 1. Male:
Die beiden Husaren.
Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
 8 Uhr:
Der heilige Antonius.
Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Présidente).
 Schwanf. 3 Akt v. Dumas u. Scribe.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Luisen-Theater.
 Dienstag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
 Mittwoch, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“
 Donnerstag abends 8 Uhr: Galtspiel: Melanie Spielmann:
Mora.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
Mein Leopold.
 Vollständ. m. Ges. in 3 Akten
 von Adolph L'Arronge. Musik von
 R. Wal. — Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Mein Leopold.

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 49/49.
 8 Uhr:
Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).
Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß:
Cavalleria schufteana.
 Von Meysellini.
 Anfang 8 Uhr.

Sonntag, den 2. Februar im Gewerkschaftshaus:
Künstlerischer Unterhaltungsabend.
 Beginn 7 1/2 Uhr.
 Mitwirkende: Paul Michaelisches Volksliederquartett aus Leipzig. × Margarete Walkotte. × Erwin Feustel.
 Entree 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf.
 Vorverkauf bei H. Horsch, Engelauer 15. 299/17

„Glou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musik: Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
 — Zillertaler und Tegernseer Sänger —
 Schubplattler und Jodler!
 Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Dienstag, den 28. Januar:
 Elitetag. Damen-Prämierung.
 Prämiert wird
Die engste Taille
 der Damen von 125-150 Pfd., von 150-175 und von 175 Pfd. und darüber. 3 bare Geldpreise à 30 M. u. 6 Trostpr. à 5 M.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Im neuen Saal: Großer Ball.
 Voranzeige! Donnerstag, den 30. Januar 1913:
Keine Fleischnot!
Großes Spanferkel-Essen.
 Portion 80 Pf.

Apollo Theater
 Abends ab 8 Uhr!
Letzte Woche!
 des grandiosen Programms.
Melba Ritche Comp.
 Kall und Kroll. Darius Yana.
 8 1/2 Uhr:
„Brüderlein fein“.
 Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
 Uev.
Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
 In Sachen Kassenstein.
 Die Doppelhymne.
 Die Tochter der Braut.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
 mit täglich neuem Repertoire!
 Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterstr.)
Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20. Reichenh. Tor.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Admiralspalast.
 Allabendlich:
 Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Geloo im Luxushotel.
 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
 Bis 5 U. u. v. 10%, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Dienstag, 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
 Berlins größte Attraktion!
Casarios
Löwen- und Tigergruppe.
 Die wildeste Dressur d. Gegenwart
 Der Triumph des Todesmutes
 Um 9 1/2 Uhr:
 Das herrliche Ausstattungsspiel
Der unsichtbare Mensch.
 4 Bilder aus Indien.
 Zum Schluß:
Die Feuer-Fontäne.
 Wirklich brennendes Wasser.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
 mit täglich neuem Repertoire!
 Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterstr.)
Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20. Reichenh. Tor.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Admiralspalast.
 Allabendlich:
 Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Geloo im Luxushotel.
 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
 Bis 5 U. u. v. 10%, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Zirkus Busch.
 Heute Dienstag, 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Mac Norton wird heute
 zeigen, wie man 60 Lit. Bier oder Wein ohne jed. Schaden für seine Gesundheit in sechs Minuten konsumieren kann
Der Aeroplan im Zirkus
 (Ein Affe als Aviatiker!)
 sowie die gesamten neuen Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
„Sevilla“
 in 6 glänzenden Akten.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

Boigt-Theater.
 Morgen Mittwoch, 29. Januar:
 3. Benefiz für Kurt Soummer:
Kean od. Genie und Leidenschaft.
 Romöle in 5 Akten von E. Sarny.
 Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Donnerstag: Freitag, 7. Februar:
 Benefiz für Fr. Edwin Strahmer:
Stolz und Liebe.
Theater Königstadt-Casino.
 Ue. Hofmarkt u. Alexanderstraße.
 1 Minute v. Bahnh. Rannowstraße.
 Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
 Darsteller in Gesang — und das groß. Spezialitätenprogramm
 Bed. 1. u. 16. : Programmwechsel.

Casino-Theater
 Lohbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!
 Sonntagabend 4 Uhr:
Der Primatole.
Boigt-Theater
 Gesundbrunnen. Sadstr. 58.
 Jeden
Dienstag und Donnerstag:
Großes bayerisches Bockbierfest
 mit sensationell. Prämierungen.
 Preise 15, 10 u. 5 M.
 Bedienung durch echt bayr. Mad'ns.
 Kapelle des ortsomischen
Seppi Weinzierl München.
 Vollständig neue Dekorationen!
 — !! Stimmung !! —
 Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Siems Kraftfleisch
 muß jede sparsame Hausfrau kaufen.
Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,
 hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langsurth, beidigter Gerichts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
 alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überträgt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Sind kommunale Unternehmen rentabel?

Die Gemeinden arbeiten zu teuer! Gewerliche Unternehmen kauen nur für das private Kapital! Nur dieses besitzt die zur Rentabilität erforderliche Beweglichkeit und Initiative!

Solche Argumente hören unsere Genossen überall, wo sie in den Gemeinden die Errichtung und den Betrieb kommunaler Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, von Straßenbahnen usw. fordern. Hinter solchen ablehnenden Begründungen steckt gewöhnlich die Furcht, dem privaten Kapital keine Möglichkeit der Profitmacherei zu nehmen. Daß die vorgeführten Ablehnungsgründe der sachlichen Begründung entbehren, daß kommunale Werke sich in Wirklichkeit sehr gut rentieren und dadurch der Allgemeinheit zum Vorteile gereichen, das beweist Dr. Ing. Fr. Greiner-Köln in dem Journal für Gasbeleuchtung Nr. 51 1912. Er veröffentlicht dort Rentabilitätsberechnungen, denen die finanzwirtschaftlichen Ergebnisse von 128 Elektrizitätswerken zugrunde liegen. 107 Werke sind im Besitze von Gemeinden, 21 werden von privaten Gesellschaften betrieben. Die Werke erzeugen über ein Drittel der zurzeit nutzbar abgegebenen Energie. Ferner bringt Greiner die Ergebnisse von 37 ausländischen Elektrizitätsunternehmen. Bei diesen sind aber die finanziellen Ergebnisse der Gemeindegewerke mit denen der Privatunternehmen zusammengeworfen, weshalb wir diese Angaben unberücksichtigt lassen. Bemerkenswert mag nur werden, daß die zusammengeführten Ergebnisse der ausländischen Werke hinter den Rentabilitätsziffern der deutschen kommunalen zurückstehen.

Wie der Verfasser hervorhebt, bezeugen die privaten Werke, besonders wenn sie nicht gut rentieren, eine große Abneigung gegen die Bekanntgabe ihrer finanzwirtschaftlichen Resultate. Es dürften daher hauptsächlich besser rentierende private Unternehmen sein, die das erforderliche statistische Material lieferten. Trotzdem treten die kommunalen Werke aus dem Rahmen des Rentabilitätsbildes als die bei weitem am vorteilhaftesten wirtschaftenden heraus. Die erzielten 128 deutschen Werke erzielten im Gesamtdurchschnitt 10-11 Proz. Bruttogewinn und zirka 4,5 Proz. Nettogewinn vom Anlagekapital. Einschließlich der Werke, die keine Angaben machten, schätzte Dr. Greiner den Bruttoüberschuss auf 10 Proz., den Nettoüberschuss auf 4 Proz.

Für die privaten und kommunalen Werke getrennt und nach Größenklassen geordnet, geben wir über die nach dem Anlagekapital ermittelten Ueberschüsse folgende Aufstellung:

Table with 5 columns: Energieabgabe in Millionen Kilowatt, Gemeindegewerke (brutto/netto), Privatgesellschaften (brutto/netto). Rows include categories like 'über 20', '10-7', '5-3', etc.

Die Uebersicht stellt zwei Tatsachen einwandfrei heraus. Erstens die höheren Ueberschüsse bei den kommunalen Werken in Vergleich mit den Ergebnissen der privaten Unternehmungen und dann das Wachstum der Ueberschüsse mit der Zunahme der Energieabgabe, wie das scharf und klar bei den Gemeindegewerken in der Erscheinung tritt. Die auf der Reihe fallende hohe Rentabilität bei Werken mit 0,75-1 Million Kilowatt Energieabgabe erklärt sich wahrscheinlich aus Zufallsgründen. Angaben darüber enthält die Statistik leider nicht.

Bei den Privatgesellschaften schwankt die Rentabilitätsziffer viel mehr. Die Ursache davon dürfte jedenfalls in der unterschiedlichen Finanzpolitik der Unternehmer zu suchen sein, wobei sehr oft spekulative Erwägungen von bestimmendem Einfluß sind. So große Bedeutung man diesem Moment auch zumessen mag, an der Tatsache, daß die kommunalen Werke sehr vorteilhaft wirtschaften, in der Rentabilität den privaten Unternehmen mindestens nicht nachstehen, ist nach den vorstehenden Angaben nicht mehr zu zweifeln. Das erhöht ihren Hauptvorteil, der darin besteht, daß die erzielten Gewinne nicht in die Taschen der überflüssigen Aktionäre fließen, sondern der Allgemeinheit zugute kommen.

Dr. Greiner liefert weiter noch eingehende Nachweise über die Rentabilität des Gas- und Elektrizitätswerkes der Stadt Düsseldorf. Danach ergibt sich für die Jahre 1892 bis 1910 ein durchschnittlicher Nettoüberschuss in Höhe von 8,82 Proz. beim Gaswerk und von 4,15 Proz. beim Elektrizitätswerk. Für das Betriebsjahr 1910 hat sich das Verhältnis zugunsten des Elektrizitätswerkes verschoben. Dieses lieferte einen Nettoüberschuss in Höhe von 5,22 Proz., das Gaswerk einen solchen von 3,19 Proz. Hervorzuheben ist noch, daß es sich bei den Gas- und Elektrizitätswerken nicht um ganz einfache, leicht zu leitende Anlagen handelt, sondern um solche, deren Betrieb tüchtigen kaufmännischen und technischen Personal erfordert. Solches heranzuziehen, ist eine Hauptaufgabe der Verwaltungen. An Geschältern darf dabei natürlich nicht gespart werden. Die kaufmännische Leitung der Werke irgend-einem Sekretär zu unterstellen, wäre gerade so verkehrt, als wenn auf die Anstellung eines tüchtigen technischen Leiters verzichtet würde. Am besten dürfte es sein, mit der Gesamtleitung eine Person zu betrauen, die kaufmännisches Geschick mit technischer Fähigkeit verbindet.

Daß sich im Gefüge der Kommunalverwaltungen gewerliche Unternehmen mit guten Erfolgen bewirtschaften lassen, das können unsere Genossen an der Hand der vorstehenden Aufmachung den Gegnern kommunaler Betriebe nachweisen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den Armirenhallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Scheidemann spricht über: Patriotische Festschlängerer.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Helene, Kaiser-Friedrich-Str. 45b, Mitgliederversammlung der 4. Gruppe des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Stadtverordneten Genossen W. Richter über: Die kommende Landtagswahl.

Nieder-Schöneweide. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Am Donnerstag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Wirtshaus „Voreley“ eine öffentliche Versammlung statt. Referent ist Genosse Heinrich Ströbel.

Karlshorst. Dienstag, den 28. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Fürstentab“ (In-

halt). 1. Vortrag des Gemeindevorsetzers Genossen Pinfeler: „Wie werden die Interessen der ärmeren Bevölkerung in der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst gewahrt?“ 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Mittelungen. Die Bezirksleitung.

Postdam. Auf die heute abend im „Friedrichsgarten“ stattfindende öffentliche Volksversammlung, in der Frau Regine Friedländer referieren wird, sei nochmals hingewiesen.

Berliner Nachrichten.

Ärzte für einen Waldgürtel von Groß-Berlin.

Die Ärztekammer der Provinz Brandenburg hat zu der Frage der Schaffung eines Waldgürtels für Groß-Berlin in folgender Resolution Stellung genommen:

„Zur Reinigung der Luft von Groß-Berlin, welche durch das Zusammenwohnen von Millionen Bürgern und durch zahlreiche industrielle Betriebe ständig verdorben wird, ist ein großer Waldgürtel dringend notwendig. Die Sorge für dessen unversehrte Erhaltung und Pflege darf nicht abhängig sein von der mehr oder weniger hohen finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden von Groß-Berlin, sondern ist Aufgabe des Staates, dem die Gesundheit aller seiner Bürger am Herzen liegen muß. Aus diesem Grunde bittet die Ärztekammer den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß bei einer in Betracht kommenden Forsten in erster Linie die Rücksicht auf die Gesundheit von Groß-Berlin gewahrt wird.“

Der Vorstand wird diese Resolution dem Landwirtschaftsminister übermitteln.

Wir kommen desinfizieren!“

Eine Zwangsdesinfektion wurde vor einigen Tagen im Hause Alvenslebenstraße 17 ausgeführt. In einer Familie Lehmann, die dort wohnt, war vor Weihnachten ein sechsjähriger Knabe an einer Halsentzündung erkrankt. Der zu Rate gezogene Arzt fürchtete, daß es sich um Diphtherie handeln könnte, und nahm daher schleunigst eine Seruminjektion vor. Er ließ auch den Nachbarn untersuchen, doch konnte er nach zwei Tagen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Erkrankung harmlos war. Weitere ärztliche Hilfe schien nicht mehr nötig, und das Kind wurde auch so rasch gesund, daß es schon am Weihnachtstage wieder außer Bett war. Ein voller Monat war seit jener Erkrankung vergangen, da meldeten sich eines Morgens um 8 Uhr bei der Familie Lehmann zwei Männer mit den Worten: „Wir kommen desinfizieren“. Frau Lehmann, die allein zuhause war, antwortete ihnen, sie wolle ja gar nicht desinfizieren lassen. „Sie wollen nicht!“ „Rein! Unser Junge hat nur Halsentzündung gehabt, und er ist auch schon seit vier Wochen wieder auf.“ „Dann müssen wir zwangsweise desinfizieren!“ wurde ihr gedroht. Sie ließ sich zunächst noch nicht einschüchtern, auch nicht durch die Androhung, daß man einen Schutzmann holen werde. Während die beiden Desinfektoren zum Polizeibureau gingen, ließ Frau Lehmann zu ihrem Mann, der in der Nachbarschaft an seiner Arbeitsstätte war. Als sie wiederkam, standen die Desinfektoren wartend vor der Wohnungstür, jetzt mit einem Schutzmann. „Hören Sie mal“, sagte dieser, „Sie haben doch gestern dem Beamten erklärt, daß Sie desinfizieren lassen wollen.“ „Ich? Bei mir ist kein Schutzmann gewesen.“ Inzwischen war Herr Lehmann von seiner Arbeitsstätte herbeigeeilt. Auch er lehnte ab, desinfizieren zu lassen. „Es hat keinen Zweck, sich zu weigern“, belehrte ihn einer der Desinfektoren, „gemacht wird es doch.“ Um festzustellen, welcher Schutzmann bei Frau Lehmann gewesen sein sollte, wollten alle miteinander zum Polizeibureau gehen. Da lenkte Frau Lehmann ein, sie habe nicht Lust, sich weitere Scherereien machen zu lassen, man möge desinfizieren, wenns denn durchaus sein solle.

Mit einem ärgerlichen „Na, also!“ gingen die Desinfektoren an ihre Arbeit. Die Betten wurden eingepackt, weil diese nach der Ansicht der Desinfektoren nicht desinfiziert werden konnten. Auch Bettwäsche, Kleidung, Teppich usw. sollten mitgenommen werden, doch weigerte Frau Lehmann sich, sie herzugeben. Einer der Desinfektoren machte sich über das Zimmer her, in dem der Knabe gelegen hatte, und desinfizierte es von oben bis unten nach Vorschrift. Im Schweige seines Angesichts arbeitete er den ganzen Vormittag hindurch. Als Herr Lehmann zum Mittagessen heimkam, war der Desinfektor noch da. Herr Lehmann hatte von dem Arzt auf telephonische Anfrage die Versicherung erhalten, von ihm sei die Desinfektion nicht beantragt worden. Er ging jetzt zum Polizeibureau, um zu fragen, wie man ihm noch nach vier Wochen die unerbetenen Desinfektoren habe auf den Hals schicken können. Ein Beamter nahm ein Aktienstück vor. „Da, hier steht's doch: Hans Lehmann, vier Jahre, Scharlach.“ Da ging dem Frager ein Licht auf. „Mein Junge heißt Kurt“, antwortete er, „er ist sechs Jahre alt und hat nicht Scharlach gehabt. Da muß also ein Irrtum passiert sein.“ Dem Beamten dürfte jetzt ebenfalls ein Licht aufgegangen sein. Er ließ sich aber nicht auf lange Verhandlungen ein, sondern suchte zu beschwichtigen: „Seien Sie doch zufrieden, Ihre Wohnung ist ja desinfiziert, das ist sehr gesund.“ Verdrießlich ging Lehmann nach seiner Wohnung zurück, in der immer noch der Desinfektor tätig war. Als er dem Desinfektor sagte, es sei offenbar ein Irrtum passiert, schien den das gar nicht zu überraschen. Lachend antwortete er, so etwas sei schon mal vorgekommen. Der Desinfektor beendete sein Werk und empfahl sich mit der Miene eines Menschen, der gewissenhaft seine Pflicht erfüllt hatte. Als er das Haus verlassen wollte, begegnete ihm ein Mann, der ihn anrief: „Na, nun wird wohl bei uns auch desinfiziert?“ „Bei wem denn?“ „Na, bei Lehmanns.“ Ein paar weitere Fragen brachten des Rätsels Lösung. In demselben Hause wohnt noch eine andere Familie Lehmann und diese hatte die Desinfektion bestellt. Das Haus ist so groß — es hat neun Aufgänge — und wird von so vielen Personen bewohnt, daß die eine Familie Lehmann von der anderen nichts wußte. Der Desinfektor meldete jetzt frohlockend der ersten Frau Lehmann: „Wie haben den Richtigen! Nun muß der bluten!“ So kamen endlich auch die richtigen Lehmanns noch zu ihrer Desinfektion, aber allerdings nicht mehr an diesem Tage, weil es wohl schon zu spät dazu war.

Wie es möglich war, daß die Desinfektoren an die unrichtigen Lehmanns gerieten, das bedarf noch der Aufklärung. Es ist ein Glück, daß die Stadt Berlin seit mehreren Jahren die Desinfektion in kleinen Haushaltungen ohne weiteres unentgeltlich ausführt. Die unrichtigen Lehmanns könnten sich sonst darauf gefaßt machen, daß sie auch noch die Kosten des Irrtums zu bezahlen hätten, den andere verschuldet haben.

Die neue Stadtfahne. Die Stadt Berlin hat sich eine neue Fahne zugelegt, die in der Mitte einen kleinen schwarzen Wärent zeigt. Geweiht wurde das städtische Wahrzeichen zum ersten Male seinem Zwecke zugeführt, was vielfach mit guten und schlechten Wägen kommentiert wurde.

Den verstorbenen Staatsanwalt Steinbrecht läßt auch der „Lokal-Anzeiger“ nicht schlafen. Auf dem am Sonnabend im Zoologischen Garten abgehaltenen Presseball hat Alfred Holzbock neben anderen Bekannten Persönlichkeiten auch dem Staatsanwalt Steinbrecht gesehnen, was er pflichtschuldigst dem Lesepublikum des „Lokal-Anzeiger“ erzählt. Allem Anschein nach hat der Festaktredakteur seinen Artikel in der Weisheit geschrieben, in der ihm der vor zwei Jahren Verstorbenen erschienen ist.

Fremde herrichte gestern unter der Schuljugend, weil aus Anlaß von Kaisers Geburtsdag die Schule ausfiel; ihrem Kerger dagegen gaben viele Personen Ausdruck, die durch die am 27. Januar beliebten Abiperrungen vielfach Unwege machen mußten, um ihrer gewöhnlichen Tätigkeit nachgehen zu können.

Durch die Explosion eines Kachelofens tödlich verunglückt ist die 75 Jahre alte Rentenenmpfängerin Luise Moskowsky, geborene Keuler, aus der Stralauer Str. 35. Die Greisin, die im zweiten Stockwerk des Vorderhauses bei Verwandten wohnte, heizte Sonnabend früh den großen Kachelofen im Wohnzimmer tüchtig mit Steinkohlen ein. Sie setzte sich dann neben dem Ofen auf eine Fußbank. Plötzlich gab es einen lauten Knall, der Ofen explodierte und mehrere Kacheln flogen im Zimmer umher. Durch eine Kachel wurde die alte Frau am Hinterkopf getroffen. Sie trug aber nur eine scheinbar unbedeutende Verletzung davon und schenkte dieser nur wenig Beachtung. In der Nacht zum Sonntag bekam sie aber heftige Schmerzen. Als auf ihr Stöhnen ihre Rechte herbeieilte, fand diese die Greisin in den letzten Tagen liegen. Ein durch die Verletzung hervorgerufener Gehirnschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Ein Arzt, dem man herbeief, konnte nur noch ihren Tod feststellen.

Automobilunfall. Sonntagnachmittag wurde der Oberhofbaurat v. Jhne von einem Automobilunfall betroffen, der glücklicherweise ohne ernste Folgen verlief. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags wollte der Chauffeur des Privatautomobils, in dem sich Herr v. Jhne befand, in schneller Fahrt die Kreuzung des Hohenzollerndamms und des Fehrbelliner Platzes passieren, als plötzlich ein Straßenbahnwagen der Linie 61 vor dem Automobil herannahte. Der Chauffeur, der das Tempo des Straßenbahnwagens unterschätzte, versuchte die Schienen noch zu passieren, doch wurde das Automobil vom Bordperron des Straßenbahnwagens angefahren und so heftig beiseite geschleudert, daß die Fenster des Autos zertrümmert wurden. Durch die umherfliegenden Glassplitter erlitt Herr v. Jhne, der sich allein im Kraftwagen befand, Verletzungen an der Oberlippe und an der linken Wange, so daß er sein Heim aufsuchen und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Das Automobil wurde ziemlich stark beschädigt, während an dem Straßenbahnwagen der Bordperron eingedrückt wurde.

Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht zum Sonntag auf der Wache des 60. Polizeireviere in der Uferstr. 18 ab. Auf Veranlassung einer unter Sittenkontrolle stehenden Frau hatte ein Schutzmann dieses Reviers in der Kösliner Straße den wohnungslosen dreißigjährigen Monteur Paul Szafranski arretriert. Nachdem der Sittierte schon auf dem Wege zur Wache starken Widerstand geleistet hatte, ergriff er in der Wachtstube eine Wank und wollte damit einen der Schutleute niederschlagen. Als der Bedrohte hinzusprang und den Sittierten erfaßte, biß ihn dieser in den linken Zeigefinger. Im nächsten Augenblick zog der Monteur eine Pistole aus der Tasche und trant ein Quantum Salzsäure. Unter der Einwirkung des Giftes wurde er bald brennend und mußte von der Inhaftation in der Lindower Straße nach dem Birkowkrankenhaus gebracht werden. Der verletzte Schutzmann erhielt auf der Inhaftation in der Bodstraße die erste Hilfe.

Selbstmord in einer Automobildrohke. Auf einer Fahrt durch Wilmerdorf hat sich Sonntagnachmittag eine noch unbekannte, etwa dreißig Jahre alte Frau in einer Automobildrohke erschossen. Die Frau nahm in Schöneberg eine Automobildrohke und gab als Ziel eine Straße in Wilmerdorf an. Als sich das Automobil am Bahnhof Hohenzollerndamms befand, hörte der Chauffeur im Innern des Wagens einen Schuß fallen. Er hielt sofort an und sah zu seinem Schrecken, daß sich die Insassin eine Revolverkugel in die Schläfe gejagt hatte. Mit derselben Drohke brachte er die Schwerverletzte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt. Der Tod war aber inzwischen eingetreten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach der Leichenhalle in der Berliner Straße gebracht. Die Erschossene trug einen grauen Mantel, einen grauen Rock und eine blaue Bluse. Die Wäsche trägt die Zeichen B. S.

Eine lustige Nacht kam einem Baumeister ziemlich teuer zu stehen. Der Fremde besuchte am Sonntagabend mehrere Lokale der Friedrichstadt und endete schließlich in den Armen einer lebenslustigen Dame. Mit dieser setzte er seine Jagelage so lange fort, bis er langsam einschlämmerte. Als er erwachte, war seine Begleiterin verschwunden. Mit ihr sein Portemonnaie, die goldene Uhr mit Kette und alle Schmuckstücke. Sein Gesamtvermögen beläuft sich auf über 800 M. Die Diebin, auf die jetzt die Kriminalpolizei fahndet, beschreibt der Verstoßene als ungefähr 25 Jahre alt und mittelgroß mit einem runden, vollen Gesicht und dunklem Haar. Sie trug einen schwarzen Hut mit Fasanenschnabel.

Eine raffinierte Räuberin treibt seit einigen Tagen im Norden Berlins ihr Unwesen. Es handelt sich um ein nebzehnjähriges Mädchen, das sich Luise Koch nennt und in einem hiesigen Warenhaus angestellt sein will. Die K. betreibt zwei verschiedene Arten von Diebereien. Zunächst beraubt sie kleine Kinder, die zum Einkaufen fortgeführt worden sind, auf der Straße. Ferner tritt sie als hungernde Bettlerin auf. Sobald sie in einer Wohnung Einlaß gefunden hat, markiert sie plötzlich die Ohnmächtige und die eustehende Aufregung benutzt die dreifache Person dann, um Wertgegenstände zu stehlen. Die Räuberin ist dadurch zu erkennen, daß sie ein schwarzes Trauerkleid und einen schwarzen Hut trägt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Montag im Hause Graunstraße 26. Dort fiel der Schneider Mühlte, als er seine Wohnung aufsuchte, die Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte. — Der fünfjährige Pflege Sohn Willi Straßmann des Arbeiters Gustav Krieger wurde auf der Kreuzung der Lange- und Andreesstraße durch einen Straßenbahnwagen der Linie 63 überfahren. Der Knabe trug einen Schädelbruch, einen Beckenbruch sowie eine Verletzung am linken Oberarm davon.

Der Ober- und Ausbrecher Felix Godort, der seit längerer Zeit bereits gesucht wurde, konnte gestern morgen festgenommen werden. Man führte ihn zur Wache des 7. Polizeireviere in der Kolobitscher Straße. Als der Schutzmann Sacke ihn hier einer Leibesvisitation unterzog, verletzte ihn Godort plötzlich einen wuchtigen Stoß gegen den Unterleib und stürzte sich mit einem Gedröhn durch das Doppelfenster des Wohnzimmer in den Hof hinab. Durch Glassplitter verletzt und über und über mit Blut bedeckt brachte man ihn nach der Charité, wo er als Polizeigefangener Aufnahme fand. Godort war bei dem Ueberfall auf den Wächter in der Scheringischen Fabrik und bei einem Geldschrankbruch in ein Baugeschäft in der Müllerstraße sowie bei mehreren Schlägereien beteiligt.

Der Wänerchor „Nichte-Georgina“ veranstaltete am Sonntagabend in der Singalademie sein zweites Winterkonzert. Der zirka 100 Sänger zählende Verein verfügt über ein ausgezeichnetes, ausgeglichenes und, da er wenig unter der der Leistungen so manches

Arbeitergesangsvereinsbeeinträchtigung der Mitgliederkataloge zu leiden hat, exakt eingetragenes Stimmenmaterial, das der ruhigen und sicheren Führung des Dirigenten, Herrn Gervais willig folgt. Höhepunkt und Krönung des Konzerts war der Vortrag der von Franz Dittner vertonten Dichtung „Mit der Freiheit“ (Ewiges Ziel) von Franz Dietrich. Das in ungestüm vorwärtsdrängendem Tempo gehaltene Kraft und Feuer atmende Chorlied, das vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund mit dem ersten Preis bedacht worden ist, kam in Berlin zum ersten Male und zwar überaus wirksam und hinreichend zu Gehör. Die Sänger wurden der schwierigen Liedichtung sowohl nach der gefangenen Seite wie auch in Bezug auf das Herausarbeiten ihres Stimmenganges durchaus gerecht. Nach dieser hervorragenden Interpretation durch einen Einzelverein kann man nur wünschen, die wichtige Komposition auch einmal im Vortrage eines großen kombinierten Massenchores zu hören. Gleichwertig neben dieser Leistung auf dem Gebiete des Kunstgesanges steht die Fähigkeit der Fichte-Georgina-Sänger, die schlichten, gemütvollen Weisen des Volksliedes vorzutragen. Das alle „In Strach auf der langen Brüg“ von Hilbert, die schmerzliche, schmerzliche Vertonung von Chamisso „Es geht bei gedämpfter Trommelfang“, das Kärntner Volklied „D' Brinde tief drunt im Tal“ kamen, da Text und Melodie Sängern wie Hörern in gleicher Weise ergreifen, ausgezeichnet zur Geltung. Besonders Lob verdient hierbei die feine und diskrete Behandlung der Pianopartien. Recht gut gelangen auch die anderen Nummern des reichhaltigen Programms. So die mit Orgelbegleitung vorgetragene Chorpartie „Weise des Gefanges“ aus Mozarts „Hauertüte“, das „Ständchen“ von Franz Schubert mit Klavier und Flögelbegleitung, „Der Gondelfahrer“ gleichfalls von F. Schubert, „Die Kirchenballade“ von Kämpf, „Die Warnung vor dem Rhein“ von Neumann und „Der salische Hag“ von Klotz. Eine vorzügliche Solistin hatte der Verein in Fräulein Gertrud Jahnke, die über eine volle, umfangreiche und wohlklingende Altstimme verfügt. Der Beifall, den die Sängerin für den Vortrag der Arie „Darf ich es glauben“ aus der Oper „Die Favoritin“ von Donizetti sowie für die drei Lieder von Wolf, Rückert und Kaufmann erhielt, war wohl verdient. Eingeleitet wurden die beiden Teile des Konzerts durch je einen meisterhaften Orgelvortrag — die Phantasie über „Weinen und Klagen“ und über Bach von Franz Liszt — des Herrn Adolf Haenggen.

Als Ganzes zeugt das Konzert von dem ernstlichen Streben und den großen Fortschritten, die der Arbeitergesang in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit aufzuweisen hat. Was vielleicht zu einer Kritik Anlass geben könnte, wäre die Zusammenstellung des Programms, das eine gewisse Einheitlichkeit vermissen ließe. Das ist wohl auf das Bestreben zurückzuführen, möglichst vielseitig auf den Plan zu treten. Immerhin sollte man bedenken, daß manches, was man mit seinem Ansehen an den Liedertafelstil in dem Saale eines großen Vergnügungsortes mit in den Kauf nimmt, in einem nur der Kunst geweihten Räume deplaziert erscheint. Auch wäre es vielleicht angebracht, daß für die künstlerisch gewisshochstehenden Vorträge auf der Orgel Hörern, die dieses klangerreiche Instrument nur von dem ihnen fremd gewordenen Choralgesang der Kirche her kennen, eine kurze erläuternde Einführung zu geben.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 24. d. M. wurde in der Gemarlung Falkenhagen bei Seegefeld ein etwa 22-24 Jahre alter, anscheinend den besseren Ständen angehöriger Mann erschossen aufgefunden und nach der Leichenhalle in Falkenhagen gebracht. Die Leiche war bekleidet mit braunem, weichem Filz mit schwarzem Band, graugrünem Anzuge mit dunklen Streifen, zweifarbigen Jacke, braun gestreiftem zweifarbigen Hosen, grauen Strümpfen, schwarzen Samtschuhen mit Doppellochen, blau gestreiftem Serviette, weichem Krage, dunkelrotem Selbstfinder, weißem Hemd gea. M. K., grauen Tricot-unterhosen, weißem Taschentuch mit Monogramm M. K. Das K. darin ist schwarz umrandet, mit drei Blumenkreuzen und schwarzer Auspunktierung versehen. Bei der Leiche wurde ein kleines Hahnenverzeichniß oben gestempelt „J. Kolinowski, Ob. Tertio“, ein Zettel mit der Aufschrift „Große Gasse 8“, eine silberne Rem.-Uhr und 20 Pfennige gefunden. Zweckdienliche Mitteilungen nimmt jedes Polizeirevier und der VI. Kr.-Bezirk mündlich und schriftlich zu 208 IV. 45. 18. entgegen.

Ein schwerer Verlust hat die freireligiöse Gemeinde Berlins durch den Tod ihres Vorsitzenden Otto Friederich erlitten. Derselbe ist am Sonnabendabend 8 Uhr im 72. Lebensjahre verstorben. Friederich war 26 Jahre 1. Vorsitzender der Gemeinde und hat sich in dieser Zeit mit seltenem Fleiß und Aufopferung um die Gemeinde — der er schon vor seiner Vorstandzeit 1 1/2 Jahrzehnt als Mitglied angehört hat — verdient gemacht. Politisch stand er als einer der letzten der alten Fortschritts-Demokraten der Philipps-Denzmannschen Richtung nahe, die schon lange vorher zu Grabe getragen wurde.

Ein großer Schuppenbrand kam in der Nacht zum Sonntag am Rahbächer 52/53 auf Reußener Gebiet zum Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, stand der große Schuppen schon vollständig in Flammen. Außer der Reußener Feuerwehr eilte auch ein Bataillon der Berliner Wehr zu Hilfe, der aber nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Die Reußener Löschzüge griffen das Feuer mit drei Schlauchleitungen an, konnten aber nicht verhindern, daß der Schuppen vollständig niederbrannte. Die Ursache des Feuers war nicht mehr festzustellen, doch vermutet man Brandstiftung. — Die Friedenauer Feuerwehr hatte Sonntag nachmittag in der Rheinstraße 6/7 einen größeren Dachstuhlbrand zu befechtigen. Das Feuer zerstörte einen Teil vom Dachstuhl des Gartenhauses. — Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag in der Kastanienstraße 23 einen Automobildbrand und in der Kleinen Andreasstr. 12 einen größeren Kellerbrand zu befechtigen.

Vorort-Nachrichten.

Die Abteilungslisten für die bevorstehende Landtagswahl des Kreises Teltow-Deetow-Wilmersdorf liegen von heute, den 28. Januar, ab drei Tage bis 30. Januar während der Dienststunden in den Gemeindebüros der einzelnen Orte aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen sind innerhalb dieser Zeit der Auslegung schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben.

Die Listen liegen aus in:
Alt-Glienicke. Im Gemeindebüro während der Dienststunden.
Brix. Im Wählbüro, Hauptstr. 30 (Einwohner-Beizeamt), von 8-1 Uhr vormittags und 2-4 Uhr nachmittags.
Bantow. Im Rathaus, Zimmer 24, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.
Warandorf. Im Rathaus, Zimmer 14, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 6-7 Uhr abends.
Schmargendorf. Im Rathaus, Zimmer 3, von vormittags 8 1/2 Uhr bis abends 7 Uhr.
Schmadowitz, Müggelheim, Zenthen. Im Gemeindeverwalteramt zu Schmadowitz.
Zehlendorf. Im Gemeindebüro, Hauptstr. 38, Zimmer 8, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Charlottenburg.

In der Sitzung der Gewerkschaftskommission hielt zunächst Genosse Dr. Bruno Vordardt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Neuere Anschauungen über die Natur der Sonne.“ Hiernach besprach Genosse Wilhelm Richter die Tatsachen, die Veranlassung gaben, daß die städtische Arbeitslosenfürsorge im hiesigen Stadtparlament abgelehnt wurde. Gerade das wichtigste, was die erste Vorlage auszeichnete, die Zuschüsse an die Gewerkschaften, fehlte in der neuen Vorlage, die im wesentlichen die Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse bezweckte. Redner ging auf den Artikel 4 der Vorlage ein und kritisierte die darin enthaltenen Bezugssätze, die man schon mehr als minimale bezeichnen müsse. Trotzdem seien diese Sätze

den Liberalen noch viel zu hoch gewesen. Die jetzigen Angriffe der liberalen Presse, daß die sozialdemokratische Fraktion die Sache hintertrieben habe, werde hoffentlich bei den im nächsten Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen fortgesponnen werden. Die Arbeiterorganisationen würden demgegenüber jedoch ihren Mann stehen; es sei zu hoffen, daß in baldiger Zeit doch etwas für die Arbeiterklasse auf diesem Gebiete herauszukommen sei. In der anschließenden Diskussion bezweifelte Genosse Flemming die Hoffnung des Referenten, denn nach Lage der Dinge würde sich an der Zusammenlegung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wenig ändern. Im übrigen verspricht sich Redner mehr von einer Reichsarbeitslosenversicherung, als wie von einer kommunalen. Genosse Dr. Vordardt meinte im Gegensaß zum Genossen Flemming, daß man auf eine Arbeitslosenversicherung von Reich wegen noch lange warten könne, deshalb sei es angebracht, die Agitation für die kommunale Arbeitslosenversicherung nicht ruhen zu lassen. In dieser Sache teilte Genosse Flemming noch mit, daß der Gewerkschaftsausschuß sich heranläßt gesehen habe, über den ganzen Hergang der Charlottenburger Arbeitslosenversicherung von Anfang bis zu Ende eine Broschüre herauszugeben, die zum Preise von 10 Pf. an die Gewerkschaften abgegeben wird. — Unter „Gewerkschaftliches“ machte Genosse Richter bekannt, daß der Metallarbeiterverband sich erboten habe, 50 Spartakisten zu einer Fahrt von Berlin bis Belgadon mit einlässiger Fahrt in Hamburg (Ende Juni) an uns abzugeben. Diese Fahrt sollte 30 M. und es werde zu diesem Zwecke wöchentlich 1 M. auf die Spartakisten gezahlt. Teilnehmer mögen sich bis 1. Februar an Genossen Richter, Osnabrücker Straße 4, wenden. — Es schloß in der Sitzung nur die Sattler.

Schöneberg.

Ueber Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung referierte in einer in den Neuen Rathauskellern tagenden öffentlichen Versammlung Genosse Fiedl-Steglich. Der Redner führte in überzeugender Weise den Anwesenden vor Augen, wie die herrschenden Klassen ihre eigentliche Pflicht, auch den ärmeren Volksklassen eine umfassende Bildung anzubereiten zu lassen, schändlich vernachlässigen. Diese Klade suche die immer umfassendere Bildungsarbeit der Arbeiterklasse auszufüllen. Aufgabe eines jeden Arbeiters sollte es sein, die Bildungsausschüsse als ein Glied der Parteiorganisation aufs kräftigste zu unterstützen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage ermahnte Genosse Fiedl die Zuhörer, das Gehörte nicht spurlos vorübergehen zu lassen, sondern die Veranlassungen des örtlichen Bildungsausschusses zu unterstützen. Auch sollten die einzelnen Genossen rühriger als bisher Hilfe leisten durch ernste Mitarbeit. Teilnehmerkarten zu dem am 29. Januar einsetzenden Bildungskursus über „Die wirtschaftlichen Grundbegriffe des Sozialismus“, Vortragender Reichstagsabgeordneter Mühl, sind bei den Bezirksführern zu haben.

Einem verhängnisvollen Irrtum ist am Sonntag nachmittag das 30-jährige Dienstmädchen L zum Opfer gefallen. Die L, die in der Hauptstraße in Stellung ist, hatte nachmittags ihre Eltern besucht. Da sie sich nicht ganz wohl fühlte, wollte sie einige Pillen nehmen, die in der Hausapotheke der Familie gegen Magenübel aufbewahrt wurden. Das Mädchen vergriff sich jedoch und nahm sechs Arsenikpillen, welche der Arzt ihrer kranken Schwester verordnet hatte. Als die L die Wohnung ihrer Eltern verlassen hatte, begann das Gift seine Wirkung auszuüben und sie brach auf der Straße bewußtlos zusammen. Die Erkrankte wurde nach der Schöneberger Hilfswoche in der Vorbergstraße gebracht, wo der Arzt ihr den Magen auspumpt und die Ueberführung nach dem Schöneberger Krankenhaus veranlaßt. Dort liegt sie in bedenklichem Zustande darnieder.

Treptow-Baumschulweg.

Ueber den preussischen Parteitag referierte Genosse Groger in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. In seinem Vortrage zeigte der Redner, wie reichlich nicht nur die Industrie- und Landarbeiter, sondern auch der sogenannte Mittelstand ist. Wenn auch das Interesse für die preussische Politik in dem letzten Jahrzehnt größer geworden sei, genüge dies noch lange nicht, um die erbärmlichen abgrundtiefen Regierungsmagazine in ihrer ganzen traurigen Größe zu erkennen. Er zeigte durch drastische Beispiele, wie immer noch durch die Verwaltungspraxis alle Gesetze, selbst wenn sie so gut wären, wie sie arbeitert, nicht durchzuführen sind, zum Wohle der Junker und Genossen und zum Schaden des Volkes ausgelegt würden. Nur durch straffe Organisation könnte die reaktionäre Presse niedergedrückt und freiere Zustände erkämpft werden. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag beteiligten sich u. a. die Genossen Karow und Schulz in zustimmendem Sinne an der Diskussion.

Brix.

Arg verknüpft scheint es einige bürgerliche Vertreter zu haben, daß unsere Vertreter in der Generalversammlung des Wahlvereins über kommunale Angelegenheiten Bericht erstatteten. Dieselben Herren, die es als selbstverständlich betrachten, daß sie in Grundbesitzer- und Bürgervereinen über alle Verhandlungen aus der Gemeindevertretung berichten, möchten unseren Vertretern voranschreiben, worüber sie ihren Parteigenossen Mitteilung machen sollen. Zwar müßten die Herren unseren Genossen ausgeben, daß ihre Berichterstattung in der Wahlvereinsversammlung objektive Unrichtigkeiten nicht enthalten habe, doch sei „Form“ und „Ton“ worin sie es getan, verkehrt worden. Es scheint, als ob es den bürgerlichen Vertretern der Brix des „Vorwärts“ angetan hat, in welchem gesagt wird, daß die Gemeinde Brix auf dem Gebiete des Armenunterstützungswesens etwas Großes leisten wolle, allerdings nicht für Dritdarne, sondern für den vor 10 Jahren von der Widhake plötzlich verläumdungen Gemeindevorsteher Regling, der 800 Mark erhalten soll. Doch darin dürfen die bürgerlichen Vertreter, die sich bei jeder beliebigen Sache in die geheime Sitzung mischteten, wirklich nicht so zimplich sein. „Form und Ton“ wird von ihnen in solchen Sitzungen gegenüber allem, was nach Arbeiterbewegung riecht, mitunter so sehr verlegt, daß unsere Vertreter viel eher Grund hätten, sich darüber zu beschämen. Würde doch in einer der letzten Kommissionsitzungen der Antrag der Baugenossenschaft „Ideal“ betr. Zeichnung der Garantiesumme mit einem wahren Indianergeheul von den bürgerlichen Mitgliedern abgelehnt. Die Herren trieben es in ihrem Eifer sogar so weit, daß sie den Bürgermeister nicht einmal zum Worte kommen ließen. Diese Art, sich in die geheime Sitzung zu verhaspeln, um von hier in unpassender Weise die Geschäfte der Gemeinde zu erledigen, werden unsere Genossen überall, wo sich ihnen Gelegenheit hierzu bietet, zu brandmarken suchen.

Hohen-Schönhausen.

Die Beitragsordnung zur Brauch- und Regenwasserkanalisation, wonach die Anlieger 90 Proz. und 66 2/3 Proz. der Kosten zu tragen haben, ist in der Gemeindevertretung nach längerem Widerstand einiger bürgerlichen Herren angenommen worden. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, einen Zahlungsmodus festzulegen, der Teilzahlung der Beiträge ermöglicht, weil eine große Anzahl von kleineren Besitzern nicht in der Lage ist, die Summen mit einmal aufzubringen. Vor Eingebung des Gutbezirks in die Landgemeinde haben überhaupt keine Bestimmungen bestanden, welche die Anliegerbeiträge regeln. Die besoldete Gemeindeverwaltung hat auch darin Wandel geschaffen, darum sind den Grundbesitzern diese Mealessen gänzlich unerwartet gekommen. Die von jener Seite aufgestellten Forderungen betreffs Straßenspülung, Beleuchtung usw. sind, nachdem die Art der Ausbringung der Kosten beschlossen ist, völlig verstimmt. Dagegen erhebt sich jetzt ein wütendes Geschrei gegen die Gemeindevertretung. Das Lokalblatt, welches sich eine Zeitlang die verdienstliche Mühe gegeben hatte, der Arbeiterklasse einzureden, daß die sozialdemokratischen Vertreter sich nicht als solche betätigen, macht jetzt vor der Sozialdemokratie graulich. Den Gemeindevorsteher bezichtigt es als „besten Freund“ der Sozialdemokraten, welcher, um Inzeratenteil veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

einige reiche Leute zu treffen, die große Masse der kleinen Grundbesitzer zur Abschichtung auslieferen. Dann bejammert es, daß der Grundbesitz angeblich in immer größerem Umfange durch Ankauf kommunalisiert werde, während die von der Gemeinde getroffenen Feuerungsmaßnahmen den Anfang für die Verwirklichung der Ideale der Umjutzpartei darstellen sollen. Mit einem Appell wendet es sich dann an die Gesellschaft, um der „Konfiszierung“ des Wohligen Einhalt zu tun. Hat dieses Blättchen bisher sich den Anfeinden der Arbeiterfreundlichkeit zu geben versucht, so zeigt es jetzt unerbittlichen seinen reaktionären Charakter. Das ist für die Arbeiterklasse, in deren Wohnungen das Blättchen mitunter noch anzutreffen ist, nicht ohne Belang.

Wittenau-Vorsigwalde.

Aus der Gemeindevertretung. Der Amtsvorsteher Witte machte zunächst Mitteilung von der regelmäßigen Revision, bei der im Dezember ein Bestand von 299 000 M. festgestellt wurde, bei dem im Januar d. J. war ein solcher von 185 000 M. vorhanden. Eine längere Debatte zeitigte der Punkt: Erhebung einer Klage gegen die Gemeinde Tegel wegen rückständiger Unterhaltungsbeiträge an das Verbandsstrassenhaus der Gemeinden Reinickendorf-Wittenau-Tegel. Letztere weigert sich, die anteiligen Kosten für die zu ihren Einwohnern gerechneten Inzassen des fiktionalen großen Tegeler Straßenganges zu leisten, da das Gefängnis eine selbständige Anstalt sei, mithin die Gefangenen nicht als Gemeindecinwohner zu betrachten wären. Die Herr Witte erklärte, sei eine Einigung über diesen kritischen Punkt bisher nicht möglich gewesen. Im Vertrage sämtlicher beteiligten Gemeinden sei nur von Inzassen öffentlicher Anstalten, z. B. der Irrenanstalt Dalldorf, die Rede, die den Gemeinden nicht zugerechnet werden sollten; Gefangnisse gehörten nicht zu diesen öffentlichen Anstalten. Herr Witte konnte den absehenden Standpunkt Tegels nicht verstehen, da eine erhebliche Anzahl gerade tuberkulöser Strafgefangener etwa auf dem Wege des ihnen zur Heilung erteilten Strafurteils im Verbandsstrassenhaus verpflegt würde. Der Vorstand des Krankenhauses verlangt jetzt Vollmacht durch die beteiligten Gemeinden, da er nicht selbst klagen könne. Genosse Fiedel erörtere kurz die absehbende Ansicht der Tegeler Vertretung, auch die unserer dortigen Genossen; man hätte dort doch keinen Nutzen von der Anstalt, höchstens den der sehr minimalen Steuerleistung weniger dort wohnender Aufseher. Von diesem Gesichtspunkt aus verleihe er das Verhalten der dortigen Vertreter. Indessen erlaube ihm nach dem Inhalt des vorgelesenen Protokollens jetzt klar genug, daß Tegel zahlen müsse. Von anderer Seite wurde auch noch hervorgerufen, daß bei den damaligen Verhandlungen ausdrücklich auf die Unterhaltspflicht der Gemeinden verwiesen worden sei, und daß frange Gefangene einfach auf die Straße gesetzt werden könnten, wenn das Krankenhaus sich ihrer nicht annehmen würde. Eine Anfrage des Herrn v. Vorsig, wer schließlich für die kranken Gefangenen die Kosten zahle oder der Gemeinde zuzurechnen wurde, wurde leider nicht genügend beantwortet. Herr Witte kam so dann noch auf die schlechte Fahrerbindung mit dem in Reinickendorf ungenügend gelegenen Krankenhaus zu sprechen, auch auf das mangelnde Entgegenkommen der Großen Berliner Straßenbahn, die stets gleich große Ru- und Ueberschüsse sehen möchte; schließlich scheine auch bei den Tegeler eine gewisse Antipathie gegen das Verbandsstrassenhaus zu herrschen, da man Kranke anstatt nach dort lieber nach dem Paul-Verhardt-Stift in der Müllerstraße in Berlin schaffe, wo man noch dazu direkt vorfahren könne, was in Reinickendorf nur mit Umfänden vernünftig sei. Vor verschiedenen Vertretern wurde noch bemerkt, daß der Gemeinde Tegel schließlich doch wohl daran liege, zu einem gerichtlichen Urteil zu gelangen, um die Rechtslage gegenüber dem Verbandsstrassenhaus festzustellen. Die Vertretung beschloß, dem Klagebegehren beizutreten. — Die Aufstellung eines transportablen Wartehauses an der Strassenbahnhaltestelle „Hauptstraße“ hatte die Vertretung schon einmal beschloßigt; die damit beauftragte Baukommission schlägt jetzt die Aufstellung vor; die Kosten (1400 M.) trägt die Wittenauer Bodenartengesellschaft, die Unterhaltungskosten (150 M.) jährlich die Gemeinde. Die Pflanzung wurde allgemein anerkannt und die Zustimmung erteilt.

Zu längeren Auseinandersetzungen gaben zum Schluß noch zwei Schreiben Anlass, die zwischen Wittenau und Berlin geschloßelt wurden in Sachen der allbekanntesten Differenzen wegen der Strassenbaulicheiten auf dem Terrain der Irrenanstalt und der Entschädigungs- resp. Vergleichsverhandlungen. In dem Antwortschreiben des Berliner Magistrats vom 21. Dezember wird u. a. das Wittenauer Angebot von 26 000 M. als ungenügend bezeichnet; eine Verpflichtung Berlins zur Entfernung gewisser Baulicheiten resp. zur Zahlung von Anliegerbeiträgen könne nicht anerkannt werden. Herr Witte erklärte hierzu, daß nach diesem negativen Resultat er nunmehr als Polizeiverwalter genötigt sei, die Entscheidung über seine ferneren Maßnahmen und über die Berliner Beschwerden dem Landrat zu übergeben. Der Vertreter Berlins, Herr Direktor Schönb erg, verwies auf die Kostlage Berlins zur Zeit der Anlage des Ammoniakabwasserrohrs, wo von der ursprünglichen Forderung von 80 000 M. auf 18 000 M. herabgegangen wurde. Demgegenüber vertrat Herr Witte nochmals seinen Standpunkt. — Am Schluß der Sitzung forderte Genosse Fiedel noch Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Endpunkt der Strassenbahn und Bahnhof Wittenau, sowie bessere Sicherung und Verbauung der öffentlichen Hydranten und Gasleitungen, damit bei Unglücksfällen die Gemeinde vor Schadensansprüchen bewahrt bleibe. Durch Schladenausschüttungen und Umplasterungen will der Gemeindevorsteher Abhilfe schaffen. Betreffs der Bedürfnisanstalt will Herr Witte noch mit dem Eisenbahndirektor verhandeln.

Nehmt Einsicht in die Gemeindevorsteherlisten.

die nur noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros ausliegen. Ueberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste vermerkt ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl auch sein Wahlrecht ausüben kann.

Johannisthal. Wer nicht die Zeit hat, die vormittags von 8-1 Uhr im Gemeindeamt ausliegende Wählerliste selbst einzusehen, betraue die Genossen Restaurateure Gubin, Trautmann, Seufrieden, Barber Hoffmann oder Lagerhalter Steuer mit der Einsichtnahme.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Bantow. Heute Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Grünau. Mittwoch, den 29. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindebüro, Mittelstraße. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Nachbemessung für die Brunnhäuser.
Köpenick. Donnerstag, den 30. Januar, abends 6 Uhr, in der Schulaula, Schillerstraße.
Klein-Sandow-Pichtenau. Heute abend 7 1/2 Uhr in Wallingers Rathaus. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wasserrevision.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jedes Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Zentralverband der Fleischer. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in den „Winkler-Eden“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m; General-Versammlung. Mitteilungsblätter bezw. Karten sind mitzubringen.

Wartpreis von Berlin am 25. Januar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42-19,48, geringe 19,30-19,36. Roggen, gute Sorte 18,90-17,00, mittel —, geringe —, (aus Bann). Futtergerste, gute Sorte 17,70-18,80, mittel 17,00-17,60, geringe 16,40-16,90. Hafer, gute Sorte 18,80-20,40, mittel 17,30-18,70 (frei Wagen mit ab Bann).
Kartoffelendpreise. 100 Kilogramm. Gelb, zum Kochen 30,00-30,00. Schellbohnen, weiße, 38,00-50,00. Unken 35,00-60,00. Kartoffeln (Reinhold), 6,00-10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Stelle 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40-1,80. Schweinefleisch 1,70-2,30. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,10-3,00. 60 Stück Eier 4,40-6,00. 1 Kilogramm Karpin 1,40-2,40. Kase 1,60-3,30. Jander 1,40-3,60. Dede 1,60-2,80. Salz 1,00-2,40. Schale 1,60-3,30. Viele 0,80-1,60. 60 Stück Kase 3,50-24,00.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW.